

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 3,60 M. Im voraus zahlbar, Postbezug 4,32 M., einschließlich 60 Pf. Postzeitung 65- und 72 Pf. Postbestellgebühren. Auslandsabonnement 6,- M. pro Monat; für Länder mit niedrigstem Druckverhältnis 5,- M.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“. Illustrierte Beilage „Volk und Welt“, Bremer „Frauenstimme“, „Lohn“, „Blut in die Büchermühle“, „Jugend-Vorwärts“, „Stadtblatt“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einj. post. Kompartimente 80 Pf. Kleinzeile 5,- M. „Kleine Anzeigen“ das selbgedruckte Wort 25 Pf. Quittung am selbgedruckten Wort, jedes weitere Wort 12 Pf. Rabatt 10. Zahl. Stellenangebote das erste Wort 15 Pf. Jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Weihnachtsmarkt Seite 60 Pf. Familienanzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäftsbüro bis 3. nachmittags von 8^{1/2} bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292-297, Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, Dt. B. u. Disck.-Ges., Depofitent., Jerusalemstr. 65/66.

Reichsmittel für Nordwolle?

Um die Vereinigung des Riesenstandals.

Bremen, 8. Juli.

In dem im Verwaltungscommuniqué der Norddeutschen Wollkammerei und Kammgarnspinnerei, Bremen, angegebenen Verlust von 200 Millionen Mark sind in- und ausländische Banken auf Grund ihrer Forderungen überwiegend beteiligt. Dabei scheint es sich jetzt herauszustellen, daß die Geschäfte der Ultra Mare vorzugsweise durch ausländische Banken, vor allem holländische und englische, zum Teil auch tschechoslowakische, ge- laufen sind, so daß die Verluste der ausländischen Banken in der Hauptsache auf die Transaktionen der Ultra Mare entfallen. Die gesamten Bankengläubiger sollen bekanntlich auf einen Teil ihrer Forderungen verzichten. Wie weit dieser Ausfall zu gehen hat, hängt von den Verhandlungen ab, die gegenwärtig noch über die Beschaffung von 50 Millionen Mark neuen Mitteln geführt wurden. Es hatte den Anschein, daß die in dem Verwaltungscommuniqué erwähnte Interessentengruppe darauf dringt, daß die Bilanzvereinigung durch die vollständige Abschreibung der Tochtergesellschaften vor sich geht.

In diesem Zusammenhang schreibt die „Beser-Zeitung“, daß sie von keinem Geheimnis spreche, wenn sie als die erwähnte Interessentengruppe das Reich ansehe, das sich über die Reichsbank unter den skizzierten Bedingungen bereit erklärt habe, die 50 Millionen Mark neuen Mittel einzuschließen, aus Gründen, die auf der Hand liegen. Es will unter allen Umständen einen Zusammenbruch des Nordwollkonzerns mit seinen unabwehrbaren Folgen für die deutsche Wollindustrie, den deutschen Kredit und den deutschen Arbeitsmarkt verhindern.

Zu dieser Meldung teilt das „Berliner Tageblatt“ mit: Auf unsere Rückfrage zu dieser Meldung wird uns von der Danabank erklärt, ihr sei von dieser Transaktion nichts bekannt.

Es wäre der Höhepunkt des Nordwolle-Standals, wenn in dem Augenblick der Bildung eines privatwirtschaftlichen Garantiesyndikats das Reich den größten Gegenwartsstandal dadurch für den ausländischen Kredit Deutschlands ungefährlich machen muß, daß aus öffentlichen Mitteln Auslandsgläubiger befriedigt werden müssen. Sieht so die Retterfunktion der „deutschen Wirtschaft“ aus?

Keine Verhandlungen Danabank-Reichs-Kredit-Gesellschaft.

Wie die Reichs-Kredit-Gesellschaft A.-G., Berlin, dem WTB-Handelsdienst mitteilt, ist die von einer hiesigen Korrespondenz verbreitete Nachricht über Verhandlungen zwischen der Danabank und der Reichs-Kredit-Gesellschaft völlig aus der Luft gegriffen.

Noch immer kritische Devisenlage.

Die Lage auf dem Geldmarkt hat sich trotz der Aktion der Industrie und der Banken gestern in keiner Weise erleichtert. Die Reichsbank mühte wieder mit einem Betrage von etwa 45 Millionen Mark die vorhandene Devisennachfrage auszugleichen. Die Erleichterung gegen vorgestern ist also recht gering. Der Dollarkurs bewegte sich eher über als unter dem Goldpunkt. Für Tagesgeld wurden teilweise sogar Zinsfänge angelegt, die noch über dem vom kritischen Zinsfuß lagen. Die Lage auf dem Geldmarkt ist und bleibt also nach wie vor außerordentlich gespannt.

Das Garantiesyndikat.

Hintergründe und Motive der Industriekaktion.

Tausend deutsche Großunternehmungen mit zusammen rund 20 Milliarden Vermögenswerten haben sich gemeinsam in einem Schreiben an den Reichsbankpräsidenten bereit erklärt, gegenüber der Golddiskontbank eine Garantie von zusammen 500 Millionen Mark zu übernehmen, die nach einem bestimmten Verteilungsschlüssel auf die einzelnen Großunternehmungen umgelegt werden sollen. Die Golddiskontbank ist ein Tochterunternehmen der Reichsbank, Hauptaktionär ist die Reichsbank, Dr. Luther ist gleichfalls ihr Präsident. Die Verwaltung der Golddiskontbank wird aber entscheidend von der Großindustrie und den Großbanken beeinflusst. Die Ausführenden Bestimmungen der bereits erlassenen entsprechenden Notverordnung stärken den Einfluß der Privatwirtschaft noch. Ein siebenköpfiger Ausschuss, berufen von Dr. Silberberg und Dr. Luther, hat über Kreditgewährungen der Golddiskontbank zu bestimmen. Voraussetzung für die Wirksamkeit der Garantie ist natürlich, daß die Beschaffung neuer ausländischer Anleihen gelingt. Die Golddiskontbank soll über ihre jetzige Funktion der Exportfinanzierung hinaus zu einer größeren Aktionkraft gebracht werden, sie soll weitere ausländische Kreditabziehungen in Deutschland verhindern und langfristige Auslandsanleihen beschaffen.

Wir begrüßen jeden Schritt, durch den wirksam die Kredit- und Vertrauenskrise bekämpft wird, unter der keine Gruppe furchtbarer leidet als die Arbeiterklasse. Es ist aber notwendig, die Hintergründe und Motive dieser Kreditversicherungskaktion klarzustellen. Das bestimmte Motiv ist nicht eine Hilfe für den bedrängten Staat und das darbedende Volk — das deutsche Volk hat von den Tagen der Inflation bis zur letzten Notverordnung die Bereitschaft des Großunternehmens zum Opfern für den Staat und ihre Hilfsbereitschaft gegenüber den breiten Massen der Bevölkerung zur Genüge kennengelernt —, sondern Hilfe für sich selbst, Abwendung der Gefahren, die jetzt bereits über bei Fortgang der Kreditkrise auch den größeren Unternehmungen drohen.

An der Verschärfung der Kreditkrise tragen aber diejenigen Unternehmungskreise, die jetzt am lautesten ihre vaterländische Gesinnung rühmen und rühmen lassen, ein hohes Maß der Mitschuld. Sie waren die treibenden Kräfte der falschen Wirtschaftspolitik, der schädlichen Lohn- und Sozialabbaupolitik, die die Konsumkraft der Massen ausgehöhlt, die Wirtschaftskrise verschärft hat, sie haben nicht zu Milderungen der innen- und außenpolitischen Spannungen beigetragen, im Gegenteil, sie eher noch gefördert und somit die Verschärfung der Vertrauenskrise heraufbeschworen. Die Rette großer Kapitalverluste durch Fehldispositionen, durch unverantwortliche Handlungen leitender Wirtschaftsführer, die letzte Affäre, der Zusammenbruch des Norddeutschen Wollkonzerns, haben weiterhin den Kredit und das Ansehen der deutschen Wirtschaft im Ausland schwer erschüttert.

Angeichts dieser in hohem Maße mitverschuldeten Situation haben die Großunternehmungen diese Aktion zur gemeinwirtschaftlichen Sicherung ihrer Kredite und als Versicherung gegen die Auswirkung eigener Fehler eingeleitet. In dem Brief an den Reichsbankpräsidenten wird pathetisch betont, daß die Großunternehmungen sich des großen Obligos ihrer Garantie bewußt wären. Auch hier scheint es notwendig, die Größenordnung dieses Obligos, das, wie gesagt, in erster Reihe aus rein privatwirtschaftlichen Erwägungen von den Unternehmungen eingegangen wird, ins richtige Licht zu stellen. Im Durchschnitt beläuft sich, da 1000 Großunternehmungen mit mehr als 5 Millionen Mark Betriebsvermögen sich an der Haftung beteiligen, die Haftungssumme im rohen Durchschnitt eine halbe Million Mark, für die kleineren und mittleren Konzerne ist sie naturgemäß noch wesentlich geringer, für die Großkonzerne und Riesenunternehmungen höher. Wenn man bedenkt, daß die deutschen Banken und Industriekonzerne in den letzten Jahren vielfach in viel größerem Umfang Kreditgewährungen, Bürgschaften, Beteiligungen usw. übernommen haben, die sich nachher als wenig fundiert erwiesen, wird man die hier übernommenen Garantien zur Erhaltung und Stärkung der eigenen Kreditbasis wirklich nicht als großes Solidaritätsopfer darstellen können.

Wir hoffen, daß sich diese Garantiekonstruktion als eine wirkungsvolle Kreditbasis erweist. Wir möchten aber gleich betonen, daß uns die Ueberwindung der Vertrauens- und Kreditkrise an zwei Voraussetzungen geknüpft erscheint: die außenpolitische Entspannung und die rücksichtslose Beseitigung der offen zutage getretenen Mißstände der Wirtschaftsführung, eine weitreichende Kontrolle und Ueberwachung der großen Wirtschaftskörper, einen Euro-

Noch 3,96 Millionen Arbeitslose.

Entlastung im Juni auf 91 000 Personen zurückgegangen.

Auch in der zweiten Junihälfte hat auf dem Arbeitsmarkt nach dem jetzt vorliegenden Bericht der Reichsanstalt die Entlastung noch angehalten. Das Tempo der Besserung hat sich jedoch ganz erheblich verlangsamt.

In der Berichtszeit vom 16. bis 30. Juni verringerte sich die Abnahme der Erwerbslosigkeit bis auf 38 000 Personen, womit die Gesamtzahl der Erwerbslosen in Deutschland auf 3 962 000 Personen sank. Infolge der verschärften Bedingungen ging die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung durch die zahlreichen Aussteuerungen in weitaus größtem Umfange zurück, und zwar verringerte sich die Zahl um 62 000 auf insgesamt 1 414 000 Personen. Die Krisenfürsorge hatte einen geringen Zuwachs von 6 000 Personen zu verzeichnen und erreichte damit den Stand von 940 000 Krisenunterstützten. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern anerkannten Wohlfahrts-erwerbslosen betrug am letzten Stichtag Ende Mai 1 004 000 Personen. Nach den bisher vorliegenden Berichten hat sich die Zahl der Wohlfahrts-erwerbslosen wenigstens in Preußen im Laufe des letzten Monats ein wenig vermindert.

Seit dem Ueberkreuzen der winterlichen Höchstbeschäftigung ist der Arbeitsmarkt in Deutschland insgesamt um rund 1 030 000 Erwerbslose entlastet worden, während in der gleichen Zeit des Vorjahres bei allerdings erheblich geringerer Arbeitslosigkeit im Winter die Gesamtentlastung nur 725 000 Personen umfaßte. Die Ueberlagerung gegen 1930, die im März 1,75 Millionen betrug, ist jetzt bis auf 1,32 Millionen gesunken. Die folgende Tabelle zeigt, in welchem Umfange sich die Besserung auf dem Arbeitsmarkt in den einzelnen Monaten durchsetzte. Die Abgänge auf dem Arbeitsmarkt betragen:

	1931	1930
bis 31. März	— 226 000	— 325 000
„ 30. April	— 360 000	— 254 000
„ 31. Mai	— 291 000	— 152 000
„ 30. Juni	— 91 000	+ 7 000

Bei einem Vergleich mit dem vorigen Jahr zeigt sich, daß infolge der Ausdehnung der Krise die Entlastung schon im Mai nur etwa halb so stark war wie im Mai dieses Jahres. Der Juni 1930 brachte sogar schon wieder ein leichtes Ansteigen der Arbeitslosigkeit, während im Juni 1931 immerhin noch über 90 000 Arbeitslose wieder eingestuft werden konnten. Wenn auch kein Grund vorliegt, bei einer Zahl von 3,96 Millionen Arbeitslosen diese Ent-

lastung auch nur als annähernd befriedigend anzusehen, so bleibt sie doch immerhin beachtlich. Steht man die Lasten in Rechnung, daß in diesem Frühjahr der Baumarkt wegen der anhaltenden Finanzierungsschwierigkeiten die Saisonentlastung nur in ganz ungenügendem Maße gefördert hat, so tritt bei der Entlastung des Arbeitsmarktes deutlich in Erscheinung, daß der Tiefstand der Krise überwunden ist und sich in einzelnen Teilgebieten der Wirtschaft nicht nur die übliche saisonmäßige Besserung, sondern auch eine leichte konjunkturelle Belebung durchsetzen konnte. Ob diese ersten Reime der Besserung durch die finanziellen Wirren der letzten Wochen erklärt wurden, oder ob das Inkrafttreten des Hoover-Planes sowie die Aufnahme neuer Auslandskredite stark genug sind, diesen Rückschlag mehr als auszugleichen, muß erst die Entwicklung der nächsten Monate zeigen.

Im einzelnen sagt der Bericht der Reichsanstalt, daß die Landwirtschaft in den meisten Bezirken die im Frühommer regelmäßig eintretende Stille Zeit überwunden hat. Jugendliche Arbeitskräfte waren nach wie vor stark gefragt. Auch im Steinkohlenbergbau scheint endlich die Abbaumelle zum Stillstand gekommen zu sein. Allerdings blieb die Zahl der Feierschichten unverändert hoch. Besser sieht die Lage im Braunkohlenbergbau aus. Die Bautätigkeit hat sich etwas besser gehalten, als man nach dem Stande vom Anfang Juni erwarten konnte. Allerdings ist von einer fühlbaren Entlastung des Arbeitsmarktes der Bauarbeiter bei dem überaus starken Andrang noch nicht die Rede. Gestützt wurde der Baumarkt im Juni überwiegend durch die ländlichen Bezirke, in erster Linie durch Siedlungsarbeiten. Auch in der Metallverarbeitung hat sich endlich eine leichte Besserung, wenn auch unter vielen Schwankungen, durchgesetzt. Bemerkenswert blieb, daß die Baumwollindustrie weiterhin Arbeitskräfte in größerem Umfange aufnehmen konnte. Auch Neueinstellungen bei der Reichsbahn brachten dem Arbeitsmarkt des Verkehrsgewerbes eine gewisse Entlastung.

Weitere Verschlechterung in England.

Seit Anfang Mai 165 000 Arbeitsuchende mehr.
London, 7. Juli
In Großbritannien hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt in der zweiten Junihälfte zusehends verschärft. Die Arbeitslosenzahl stieg um 57 000 auf 2 684 900 Personen. Diese Zahl entspricht einer Arbeitslosigkeit in Deutschland von 3,9 Millionen. Seit Anfang Mai bereits stark die saisonmäßige Entlastung in England und der Zugang an neuen Arbeitsuchenden stellte sich in den beiden letzten Monaten auf fast 165 000 Personen.

wechsel in der Wirtschaftspolitik, die nicht aus Schwäche Fehlerquellen auf Kosten der Gesamtheit fortbestehen läßt, sondern die auf eine wirkliche Gesundung der Wirtschaft abgestellt ist.

Wenn wirklich die Golddiskontbank zu einem breit angelegten Kreditinstrument ausgestaltet werden soll, so wird die öffentliche Kontrolle wesentlich zu verstärken sein. Es darf keineswegs geduldet werden, daß sich 1000 Großbetriebe lediglich unter Einfluß des Kredits der Reichsbank, die erforderlichen Kapitalmittel sichern, dagegen die Hunderttausende von Mittel- und Kleinbetrieben mit voller Wucht weiter von der Kreditkrise betroffen werden.

Mit größter Entschiedenheit muß es aber zurückgewiesen werden, wenn man in Unternehmerkreisen jetzt die Stirn hat, an diese Bildung eines Garantiefonds zur Befestigung des eigenen Kredits des Großkapitals politische Forderungen zu knüpfen. Die „D.M.Z.“ erdreiste sich, davon zu sprechen, daß die Wirtschaft „jetzt in die Bresche springt“ und verlangt als Belohnung hierfür eine neue schöpferische Gestaltung der gesamten Innen- und Wirtschaftspolitik, das heißt politische und materielle Konzessionen.

Nicht das deutsche Unternehmertum, sondern die breiten Massen der Bevölkerung mußten für die Fehler der großkapitalistischen Wirtschaftsführung zur Rettung der Reichsfinanzen die größten Opfer bringen. Nicht die deutschen Großbanken, sondern die Reichsbank hat unter eigenen größten Anstrengungen und unter Mithilfe des Auslands die ärgsten Gefahren der Kreditkrise, für deren Verschärfung das deutsche Unternehmertum mitverantwortlich ist, abgewendet. Auch wir hoffen, daß durch großzügige Kredittransaktionen aufs rascheste die akute Kreditkrise gebannt wird; wir sind uns aber darüber im Klaren, daß eine wirkliche Gesundung erst eintreten wird, wenn die Regierung sich von ihrer falschen wirtschaftlichen Methoden abwendet, sich aus ihrer Abhängigkeit vom Großkapital und der politischen und sozialen Reaktion befreit und gegen die vorhandenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Mißstände durch weitreichende Reformen und Kontrollen energisch durchgreift.

Wortlaut der Notverordnung.

Zur Durchführung der Kreditation der Banken- und Industriefirmen — die sie am Dienstagabend in einem Brief angeboten hatten — erläßt die Reichsregierung eine besondere Notverordnung, durch die die gesetzlichen Befugnisse der Golddiskontbank erweitert werden.

Verordnung des Reichspräsidenten über die Schaffung einer Wirtschaftsgarantie vom 8. Juli 1931.

Auf Grund des Artikels 48, Absatz II der Reichsverfassung wird entsprechend der Anregung namhafter Träger des deutschen Wirtschaftslebens folgendes verordnet:

§ 1. Die Reichsregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung in Anlehnung der Vorschriften des Aufbringungsgesetzes vom 30. August 1924 die danach ausbringungspflichtigen Unternehmer, deren Betriebsvermögen 5 Millionen Mark übersteigt, anteilhaft zu verpflichten, die Haftung bis zum Gesamtbetrag von 500 Millionen Mark für etwaige Ausfälle aus Kreditgeschäften zu übernehmen, welche die deutsche Golddiskontbank im Interesse der Aufrechterhaltung des deutschen Auslandskredits tätigt.

Die Reichsregierung erläßt die näheren Vorschriften. Sie kann mit der Durchführung treuhänderischer Aufgaben die Bank für deutsche Industrieobligationen in Ergänzung der ihr im § 7 des Industriebankgesetzes vom 31. März 1931 zugewiesenen Aufgaben betrauen.

§ 2. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Neudruck, 8. Juli 1931.

Reichspräsident von Hindenburg.

Die Durchführungsbestimmungen.

Nach den Durchführungsbestimmungen zur Notverordnung erstreckt sich die Haftung für den Garantiefonds der Golddiskontbank auf alle Unternehmer und Unternehmungen mit einem Betriebsvermögen von mehr als 5 Millionen Mark, die nach dem Aufbringungsgesetz vom 30. August 1924 für die Industriebelastung ausbringungspflichtig waren. Die Haftung aus dem Garantiefonds tritt nur ein für Kreditgeschäfte, die innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten der Notverordnung abgeschlossen werden. Der Reichsbankpräsident hat einen Ausschuss von 7 Mitgliedern zu berufen, der als Vertretung der haftenden Unternehmer bei den Kreditgeschäften mitzuwirken hat. Bemessungsgrundlage für die Haftung ist jeweils das bei der Aufbringungsanlage zugrunde gelegte Betriebsvermögen. Die im Garantiefall umgelegten Beträge sind an die Bank für deutsche Industrieobligationen abzuführen, die der Deutschen Golddiskontbank die Ausfälle zu vergüten hat.

Günstiges Auslandsecho.

Die großen Noteninstitute, wie die Bank von England, die französische Staatsbank, amerikanische Banken von Weltruf und andere große Geldinstitute beabsichtigen, wie der „Sax. Pressedienst“ erfährt, zu der Bildung eines deutschen Garantiefonds eine Erklärung abzugeben, in der u. a. gesagt werden soll, daß Deutschlands Vertrauen in der Welt jetzt neu gestärkt sei. Man erwartet von dieser Erklärung eine weitere Stabilisierung des deutschen Geldmarktes.

Kommunistische Flottenpropaganda.

Bei dem englischen Marinebesuch in Kiel.

Kiel, 8. Juli.

Nach der Meldung eines hiesigen Blattes sind in der vergangenen Nacht von Kommunisten an verschiedenen Stellen der Stadt Plakate in englischer Sprache angeschlagen worden, in denen unter Mißbrauch des Namens der Befehlshaber des Linjenschiffes „Hessen“ eine angebliche „Nordkommune Hessen“ die englischen Matrosen, die hier zu Besuch weilen, mit „Rot Front“ begrüßt und zum gemeinsamen Kampf mit der russischen Armee für den Weltkommunismus auffordert.

Die Plakate wurden von der Polizei sofort entfernt. Man ist den Tätern auf der Spur. Angehörige der Reichsmarine haben, wie das Blatt meldet, mit der Angelegenheit nichts zu tun.

„Deutschland kann helfen!“

Englischer Appell an die Reichsregierung.

London, 8. Juli (Eigenbericht).

Der „Daily Herald“ wendet sich in seiner Donnerstag-Ausgabe unter der Überschrift „Deutschland kann helfen“ mit folgendem Appell an die Reichsregierung:

„Niemand hat in England nur einen Augenblick daran gedacht, von Deutschland einen politischen Preis für die ihm gewährte Hilfe zu verlangen. Eine derartige Forderung würde man in England mit Mißfallen ansehen. Nichtsdestoweniger ist es wahr, daß die Welt weit gegangen ist, um Deutschland zu helfen, und es ist ebenso wahr, daß Deutschland es in der Hand hat, der Welt während der nächsten 12 Monate ebenfalls zu helfen. Man könnte sich z. B. keinen hilfevolleren Beitrag zur Abrüstungskonferenz denken, als eine spontane Erklärung der deutschen Regierung, daß mit Rücksicht auf die finanzielle Lage alle Arbeiten an den neuen Schlachtschiffen bis nach der Konferenz eingestellt werden sollten. Man könnte sich weiterhin keinen besseren Beitrag zu den Wirtschaftsverhandlungen denken, als die Versicherung, daß das Projekt der Zollunion nicht isoliert, sondern im Zusammenhang mit dem gesamt-europäischen Wiederaufbau betrieben werden soll.“

Wer über die Stimmung in den maßgebenden englischen Kreisen einermachen orientiert ist, der kann sich über die Bedeutung und den Ernst dieses Appells nicht täuschen. Der „Daily Herald“ wird hier häufig übertriebenerweise als regierungsoffiziös bezeichnet, weil er die einzige Tageszeitung ist, die die Politik der regierenden Labour-Party vertritt. Aber in diesem Falle spiegelt der Artikel des „Daily Herald“ zweifellos die Meinung der Regierung wider.

Politische Zusicherungen in Paris wiederholt.

Paris, 8. Juli (Eigenbericht).

Der deutsche Botschafter von Hoesch hatte heute abend in Abwesenheit des Außenministers Briand mit dem Ministerpräsidenten Laval eine Unterredung, die sich auf die nach der französisch-amerikanischen Einigung über den Hooverschen Vorschlag zu unternehmenden Schritte bezog. Der Botschafter gab im Laufe der Unterredung der Befriedigung der Reichsregierung darüber Ausdruck, daß nach der in Paris erfolgten Einigung der Hooversche Vorschlag jetzt von allen Mächten angenommen worden ist.

Außerdem übergab er dem Ministerpräsidenten den Text der vom Reichskanzler Brüning am 2. Juli gegenüber der amerikanischen Regierung abgegebenen Erklärung.

betreffend die Verwendung der durch den Zahlungsausschub verfügbar gemachten Summen und der gestern von der Reichsregierung veröffentlichten Rundgebung an das deutsche Volk. Es ist zu hoffen, daß die französische Regierung und die öffentliche Meinung diese freiwillige Geste der Reichsregierung anerkennen und nicht noch weitere Garantien für die Verwendung der Gelder verlangt.

Londoner Expertenkonferenz am 17. Juli.

London, 8. Juli (Eigenbericht).

England hat dem französischen Wunsch zugestimmt, den Regierungen als Datum für den Beginn der Londoner Expertenkonferenz den 17. Juli statt des ursprünglich ins Auge gefaßten 13. Juli vorzuschlagen. Es ist beabsichtigt, auch Amerika zu der Konferenz einzuladen.

Die gesamte Londoner Presse betont am Mittwoch, daß während des Feierjahres Verhandlungen über eine Neuregelung des internationalen Schuldenproblems stattfinden müßten. Man würde diese Frage in England am liebsten sofort aufrollen. Nicht zuletzt deshalb sollen die Londoner Verhandlungen auf englischer Seite von den Ministern Henderson, Snowden und Graham geführt werden. An dem Berliner Besuch der englischen Staatsmänner ändert sich durch die Londoner Konferenz, wie hier von zuverlässiger Seite erklärt wird, nichts.

Mißtrauen in Paris.

Paris, 8. Juli (Eigenbericht).

Die französische Rechtspresse ist über die in Aussicht stehenden neuen internationalen Konferenzen und Verhandlungen sehr beunruhigt. Sie befürchtet, daß Frankreich „noch weitere Opfer“ auferlegt werden sollen.

Vor allem ist der Rechtspresse die Wahl Londons als Konferenzort nicht genehm. Die französischen Vertreter seien dort zu isoliert und könnten daher dem Schatzkanzler Snowden, von dem man die gleiche Unnachgiebigkeit erwartet wie im Haag, nicht mit der notwendigen Festigkeit entgegentreten. Die meisten Gefahren werden jedoch von der von der Londoner Regierung vorgeschlagenen Konferenz der Regierungsvertreter befürchtet. Das „Journal des Debats“ erklärt, man würde sich auf dieser Konferenz zweifellos bemühen, unter dem Deckmantel einer Revision mit der Zerstörung des Young-Planes zu beginnen. Darauf lasse auch die Washingtoner Meldung schließen, nach der Amerika, falls der Plan Hoovers nicht die erwarteten Wirkungen haben sollte, eine Revision des Kriegsschulden- und Reparationsproblems im nächsten Jahre zu beantragen beabsichtige. Das bedeute, so meint das Blatt, daß man Frankreich auffordern werde, gegen die Streichung der Kriegsschulden auf die Reparationen zu verzichten. Diese Kombination wäre für Frankreich vernichtend, da zwischen beiden Elementen keine Gleichheit bestehe. Der „Temps“ äußert ähnliche Befürchtungen und verlangt, daß, wenn eine solche Konferenz einberufen werde, vorher ihr Programm genau festzulegen sei.

Mit besonderem Mißtrauen verfolgt die Rechte auch die Reise des amerikanischen Staatssekretärs Stimson, der heute in Rom eingetroffen ist und der, wie man hier vermutet, bei seinen Verhandlungen mit den italienischen Ministern das Flottenabrüstungsproblem zu regeln versuchen werde. Da Stimson von Rom nach London und dann erst nach Paris zu reisen beabsichtigt, befürchtet die „Liberte“, daß er sich mit der italienischen und der englischen Regierung über die Flottenabrüstung verständigen und Frankreich zur Annahme der gefundenen Lösung

zwingen werde. Frankreich müsse also mißtrauisch sein und sich das Pariser Abkommen zum Beispiel nehmen.

Besonderer Dank an Mussolini?

Die Bege der deutschen Diplomatie sind oft wunderbar. Kaum ist der Hoover-Plan durch die Zustimmung Frankreichs in Kraft getreten und schon läßt der Reichskanzler Dr. Brüning durch den italienischen Botschafter in Berlin ein besonderes Dankschreiben dem italienischen Diktator Mussolini überreichen. Warum gerade Mussolini? Weil er, im Gegensatz zu Frankreich, dem Hoover-Plan so schnell zugestimmt hat? Gewiß, aber noch schneller hatte England seine Zustimmung gegeben, wie überhaupt die Hooversche Aktion zum großen Teil auf die Initiative und die dringenden Vorstellungen der englischen Arbeiterregierung in Washington zurückzuführen ist. Das weiß die ganze Welt. Trotzdem hat man von einem besonderen Dankschreiben Dr. Brünings an Macdonald bisher nichts erfahren.

Es ist notwendig, einer Legende entgegenzutreten, die bereits durch die deutsch-nationale Presse aus durchsichtigen Gründen lanciert worden ist und die durch das Schreiben des Reichskanzlers genährt werden könnte: nämlich der Legende, als ob dem Faschistenführer ein besonderes Verdienst an der Hoover-Aktion zugunsten Deutschlands gebühre. Herr Hugenberg ist bereits so weit gegangen, in einer Rede die Namen Hoover und Mussolini in gleichem Atemzuge zu nennen. Das ist lächerlich. Mussolini spielt in dieser ganzen Affäre die Rolle des fünften Rades am Wagen, und wir sehen nicht ein, warum die Reichspolitik sich dazu hergeben muß, sein innerpolitisches Klimatebedürfnis zu befriedigen. Das hätte man gerade von dem katholischen Reichskanzler Brüning nicht erwartet in einem Augenblick, in dem der Papst dem Faschismus unerbittlichen Kampf angelegt hat.

Daß die französische Regierung sich in dieser Angelegenheit Deutschland gegenüber sehr ungeschickt verhalten und damit im deutschen Volke tiefe Mißstimmung hervorgerufen hat, ist hier wiederholt betont worden. Das besondere Dankschreiben an Mussolini gewinnt unter diesen Umständen eine vielleicht gar nicht einmal beabsichtigte außenpolitische Bedeutung, als wolle die Reichsregierung Italien attestieren, wie vornehm es sich im Gegensatz zu Frankreich verhalten habe. Oder sollte man mit diesem Schreiben eine solche Geste doch beabsichtigt haben, wollte man die Franzosen für ihre renitente Haltung durch einen demonstrativen Dank an Italien „bestrafen“? Das wäre eine recht kindische Politik, zumal jeder objektive Beurteiler wird zugeben müssen, daß eine glatte Zustimmung zum Hoover-Plan Mussolini ungleich leichter fallen mußte als der Regierung Laval: einmal, weil die Opfer, die damit Frankreich zugemutet wurden, gar nicht zu vergleichen waren mit den sogenannten „Opfern“ Italiens, außerdem aber auch, weil Laval mit einem Parlament rechnen mußte, in dem der wildeste Nationalismus stark vertreten ist, während der römische Diktator bis auf weiteres niemandem Rechenschaft schuldet.

Ganz besonders mißfällt uns der Satz in Brünings Brief, monach die Befriedigung des deutschen Volkes über Italiens Zustimmung um so größer sei, „als es die Opfer kennt, die Italien infolge dieser Zustimmung bringen mußte“. Erstens sind diese Opfer lächerlich gering, namentlich im Vergleich zu dem Opfer Amerikas, Englands und Frankreichs. Zweitens ist es überhaupt ein Skandal, daß Italien, das gegen das neubündete Deutschland in den Krieg gezogen ist, nur um Gebiete Oesterreichs zu erobern, gar noch „Reparationen“ von Deutschland bezieht. Durch das Schreiben Brünings, in dem Italiens „Opfer“ besonders bezugt werden, wird der Eindruck erweckt, als hätte Italien irgendein moralisches Recht auf deutsche Tributzahlungen. Wenn es aber ein Land gibt, bei dem das nicht der Fall ist, so ist das wohl Italien. Schon aus diesem Grunde müssen wir in diesem Schreiben alles eher denn ein Musterbeispiel von nationaler Würde erblicken.

Zuspitzung in Rom.

Faschistenpresse für Kündigung des Konkordats.

Rom, 8. Juli (Eigenbericht).

Die Spannung zwischen Vatikan und der italienischen Regierung hat sich nach dem jüngsten päpstlichen Rundschreiben so verschärft, daß die römische Presse am Mittwoch offen von der eventuellen Notwendigkeit spricht, das Konkordat zu kündigen bzw. völlig aufzuheben. Auch in Regierungskreisen erklärt man, daß das päpstliche Rundschreiben eine neue und unerwartete Lage geschaffen habe.

Scharfe Presseangriffe gegen den Papst.

Rom, 8. Juli.

Die Entrüstung über die jüngste Enzyklika des Papstes ist in der faschistischen Presse noch im Zunehmen begriffen, durch das im Auslande und besonders in den antifaschistischen Kreisen hervorgehobene zustimmende Echo. Die Regierungskreise bezeichnen es als schweren Irrtum Pius' XI., die

Enzyklika zwei Tage vorher im Ausland verbreitet

zu haben und damit die internationale Solidarität gegen das faschistische Regime anzurufen. (Das Dokument wurde in der Tat zunächst durch Sonderkurriere nach Paris und München überbracht und dort veröffentlicht. Red.) Die Italiener müßten sich schon durch dieses Vorgehen verletzt fühlen, da ihre Eigenliebe nichts mehr verleihe, als die fremde Einmischung in ihre Angelegenheiten. Die päpstliche Anrufung der internationalen Solidarität gegen den faschistischen Staat könne nur tiefes Bedauern und Professe hervorrufen, und es sei nur der Disziplin des faschistischen Regimes zu verdanken, wenn die Reaktion nicht in Tüflichkeit ausartete. Pius XI. habe vergessen, daß die Mehrheit der Italiener keine päpstliche Einmischung in die politischen Angelegenheiten wünsche und daß eine liberale Partei in Italien immer die Bildung einer antiliberalen Partei hervorgerufen und gerechtfertigt hätte.

Veränderungen im Reichstag. In Stelle des Abgeordneten Dr. Georg Bellmann, der sein Mandat niedergelegt hat, tritt der Volksschullehrer Alfred Baum, Brunnhöbra i. Bogel. (Deutsche Volkspartei) und an Stelle des Abgeordneten Ernst Reinfke, der sein Mandat niedergelegt hat, tritt Frau Hanna Sandner, Stenotypistin, Berlin (Kommunistische Partei), in den Reichstag ein.

Dem Wohle Berlins!

Sozialdemokratische Etatrede im Rathaus. — Damm gegen die Elendswelle.

Die Debatte über die Gestaltung des städtischen Haushaltsplanes im Stadtparlament fand gestern mit einer großangelegten Rede des sozialdemokratischen Fraktionsführers Platau ihren Höhepunkt. Platau legte in seinen überzeugenden, wirkungsvollen Ausführungen die Gründe dar, die eine Zustimmung der Sozialdemokraten zu diesem Etat der Not erfordern. Die von hoher Verantwortung getragene größte Fraktion des Rathauses geht unbeirrt des Geschreis von rechts und links ihren Weg, im Interesse der notleidenden schaffenden Berliner Bevölkerung und im Interesse der Reichshauptstadt, die es vor der Katastrophe zu schützen gilt. — Die entscheidende Abstimmung über die Annahme des Etats wird heute in den späten Abendstunden erfolgen.

Plataus Rede.

Genosse Platau führte, oft von Beifall unserer Genossen unterbrochen, aus:

Die Kritiker des vorjährigen Haushalts hatten sich bei seiner äußerlichen Kennzeichnung anscheinend so verausgabt, daß sie für den diesjährigen Etat bisher keine neue Begriffsbestimmung finden konnten. Für den vorliegenden Haushalt, der noch weniger als der letzte ein Idealstat ist, dürfte eine der alten Bezeichnungen zutreffen, nämlich daß er ein Etat der Wahrheit ist, aber in etwas anderer Bedeutung als bisher: er bringt in Wahrheit durch seine Zahlen zum Ausdruck die wirkliche Not, in der sich die Stadt gegenwärtig befindet. Die Finanzalamität Berlins ist nicht ein Merkmal der Reichshauptstadt, sondern ein Teil des Gesamtschicksals der deutschen Städte. Genosse Platau zeigte dann an erschöpfendem Zahlenmaterial aus der preussischen Verwaltung, wie die Not der Städte infolge der Wirtschaftskrise und der damit verbundenen außerordentlich hohen Erwerbslosigkeit gestiegen ist. Der Redner zeigte weiter, wie die Finanzalamität Berlins im besonderen durch die riesenhafte Ausgaben für die Erwerbslosen hervorgerufen ist und wie sie kaum noch zu meistern sein wird. Wenn auf solche Weise ein fast gleiches Schicksal aller deutschen Städte festgestellt werden kann, so ist damit wohl klar bewiesen, daß nur Gehässigkeit oder Unwissenheit behaupten können, daß die Berliner Not eben nur eine Berliner Eigentümlichkeit sei, die ihren Ursprung habe in einer „Berliner Miswirtschaft“ mit dem unheilvollen Einfluß der maßgeblich beteiligten Sozialdemokraten. In dem Etat sind für die Wohlfahrtspflege für 1930 rund 12½ Millionen Mark eingelegt gewesen, man hat aber 28 Millionen Mark verbraucht. Die gesamten Etatmittel sind in Berlin im Durchschnitt um rund 38 Proz. in einzelnen Teilen um über 40 Proz. gedrosselt worden — und das in einer Stadt, der man nicht vormerken kann, daß sie, wie der Deutschnationale v. Jessen bezüglich Berlin behauptet hat, im „Tempo ihrer wirtschaftlichen Entwicklung kein Maß halten“ konnte. Es ist die Stadt Duisburg, und ihr Oberbürgermeister ist Dr. Jarres. (Vehhaftes Hört, Hört! bei den Soz.) Das ist ein bündiger Beweis dafür, daß die beklagenswerten finanziellen Verhältnisse Berlins nicht in Zusammenhang gebracht werden können mit den Gründen, die die Gegner der Berliner Verwaltung und der Sozialdemokratie anführen und die aus einer Perspektive bilden, die man schon nicht mehr Froschperspektive, sondern höchstens noch Maulwurfspektive nennen kann. Der Redner rechnete dann mit

den Kritikern ab, die immer wieder glauben, der Stadt Berlin die gesteigerten Soziallasten zum Vorwurf machen zu müssen, und kam zu dem Ergebnis, daß die Äußerungen prominenter Wirtschaftsführer die Sinnlosigkeit dieser Kritiken beweisen.

Berlin könnte eben finanziell ganz anders disponieren, wenn die Wohlfahrtsausgaben nicht so außerordentlich gestiegen wären.

Die Sozialdemokraten haben in den engagierten Grenzen, die nun einmal gegeben waren, bestimmte Vorschläge gemacht, die von der Absicht diktiert waren, Ausgleich herbeizuführen. Diese Ausgleichs können nicht schematisch vorgenommen werden, man muß vielmehr dabei das Gesamtbild vor Augen haben und suchen, durch Vereinfachungen und Vereinhaltungen in der Verwaltung die Möglichkeiten zu erschaffen, die zu Ersparnissen führen können. Wir haben bei den einzelnen Etatkapiteln Anträge gestellt, die die organisatorische Umgestaltung der Verwaltung verlangen. Nachdem der Magistrat jetzt vervollständigt ist, dürfen wir bei seiner von uns Sozialdemokraten bewußt beeinflussten Zusammensetzung erwarten, daß diese Aufgaben in engstem Einvernehmen und nach genügender vorheriger Verständigung mit den Stadtverordneten vorgenommen und erledigt werden. Genosse Platau wandte sich dann im besonderen der Handhabung der Rücklage für die Wohlfahrtspflege zu und verlangte, daß die Willkürlichkeiten in der Behandlung der Personen aufhört, denn es sei nicht zu ertragen,

daß die proletarischen Bezirke in der Wohlfahrtspflege nicht mehr ein noch aus wissen,

während beispielsweise ein westlicher Bezirk es sich noch leisten kann, eine in einer sehr behaglichen Wohnung hausende Familie jahraus,

jahrein zu unterstützen, und zwar mit einer Summe, die einem normalen Arbeitseinkommen entspricht. Dieses Beispiel könnte um viele vermehrt werden, und deshalb verlangen wir von der Zentrale, daß hier mit rauer Hand eingegriffen wird. Einen sehr breiten Raum in den Diskussionen des Haushaltsausschusses haben die Angelegenheiten der städtischen Gesellschaften beansprucht. Ich möchte hier noch einmal wiederholen, sagte Platau, was ich bei meiner vorjährigen Etatrede gesagt habe, daß nämlich genau geprüft werden muß, welche Gesellschaften zur Zeit ihren Zweck noch erfüllen. Man soll aber auch nicht dauernd an diesen Gesellschaften herumorganisieren, sondern den Gesellschaften, die eine gesunde Entwicklungsgrundlage haben, Zeit lassen, das zu erfüllen, was man von ihnen erwartet. Bezüglich der Vierung einzelner Gesellschaften an Private betonen wir Sozialdemokraten, daß die Gesellschaften es vermeiden sollen, den gegenwärtigen Stand und Umfang dieser Vierungen zu überschreiten. Mit besonderer Heftigkeit sind natürlich wieder Debatten über die Berliner Verkehrsgesellschaft geführt worden. Die Grundlagen, die in dem vorliegenden Etat geschaffen wurden, um die finanziellen Angelegenheiten der BVG, besonders in den Grundstückstransaktionen zu klären, sind auch von den Sozialdemokraten anzuerkennen. Für die weiter draußen liegenden Siedlungen forderte Genosse Platau ausreichende Verkehrsverbindungen. Selbstverständlich hat man es auch nicht verstanden, in den Debatten all die persönlichen Gehässigkeiten wieder hervorzuluchen, die bei der Behandlung des Kapitels BVG, bisher beliebt wurden. Man hat diese Gehässigkeiten bis aufs höchste gesteigert, wenn es sich um Kritiken an Persönlichkeiten handelte, die Mitglieder Sozialdemokratischer Partei sind. Soweit hier augenblicklich noch die Möglichkeiten gerichtlicher Klarstellungen gegeben sind, will ich auf diese Dinge nicht eingehen.

Die Mutter des Totgeprügelten.

Aussage der Frau Ledebour im Scheuen-Prozeß.

Lüneburg, 8. Juli.

Das Kernstück der heutigen Verhandlung im Scheuener Fürsorgeprozeß bildete die Aussage der Mutter des Jünglings Ledebour, der den nach der Revolte erlittenen Mißhandlungen erlegen ist.

Das Gericht hatte anfangs auf die Vernehmung verzichtet wollen, da es überzeugt ist, daß die Angestellte Knoblauch bei der Abfassung ihres Berichts an das Landesjugendamt über die Revolte und den Besuch der Frau Ledebour in Scheuen bestrebt gewesen sei, den Angeklagten Straube zu schonen. Frau Ledebour wurde dann durch den Nebenkläger geladen. Sie sagte aus, sie sei am 25. Februar auf einen Eilbrief aus Scheuen hin nach dort gefahren. Die Verletzungen ihres Jungen waren im Briefe nur kurz erwähnt. Die Zeugin war 1½ Stunden in Scheuen und fuhr dann ins Krankenhaus nach Celle. Dort wurde sie aus Scheuen angerufen, sie möchte die Nacht in Scheuen zubringen, und man holte sie im Auto ab. Die Schwester im Krankenhaus sagte: „Sie scheinen in Scheuen ein schlechtes Gewissen zu haben, weil sie immer anrufen“. Bei der Ankunft in Scheuen stand ein Essen bereit; es gab Wein, und Grammophon oder Radio haben gespielt. Noch gegen Mitternacht fingen die Jungen vor den Fenstern, und Straube

sagte, es sei ein Bierabend, den er mit den Jungen veranstalte. Am nächsten Tage sagte ihr Sohn, die Revolte sei nicht politischer Natur gewesen, Straube habe die Jungen immer geschlagen. Der von Fräulein Knoblauch an das Jugendamt entsandte Bericht sei entstellt. Frau Ledebour berichtete sodann unter Tränen, daß ihr Sohn ihr ausführlich erzählt habe, wie er in der Nacht, als er durch den Schlag mit der Hand schwerverletzt daniederlag, noch einmal von Straube mit einem Gummiknüppel geschlagen worden sei. Der junge Hans Ledebour sollte nämlich einen Bericht unterschreiben, daß er nichts gegen seinen Erzieher einzumenden und seine Prügel verdient habe. Er habe diesen Bericht für das Berliner Jugendamt unterschrieben, weil er sonst noch mehr Schläge erhalten hätte. Mit erstickter Stimme sagte Frau Ledebour zum Schluß: „Mein Sohn war kein Verbrecher, er hätte gerechelt werden können. Es ist unerhört, daß man ihn so lange hat liegen lassen.“

Nach den bisherigen Dispositionen sollen am Sonnabend die Sachverständigen gehört werden, so daß am Montag der Staatsanwalt plädieren kann. Die Urteilsverurteilung wird voraussichtlich Mittwoch oder Donnerstag nächster Woche erfolgen.



„Ein guter Photograph hätte ihn unbedingt schon erreicht!“ schrie Perfizki.
 „Also soll man ihn photographieren oder nicht?“
 „Aber selbstverständlich! Eilen Sie! Sicher sitzen dort schon die Photographen aller Zeitungen!“
 Der Photograph lud Apparat und Stativ auf die Schultern. „Er befindet sich augenblicklich in der Direktion der staatlichen Maschinenfabrik. Vergessen Sie nicht: Newton hat — an den Namen des Vaters kann ich mich momentan nicht erinnern. Machen Sie also ein hübsches Bild von ihm zum Jubiläum. Aber bitte nur nicht: „Newton an der Arbeit“. Auf Ihren Bildern sitzen alle am Schreibtisch und lesen Manuskripte. Photographieren Sie ihn im Gehen. Oder vielleicht im Familienkreis.“
 „Wenn man mir ausländische Platten zur Verfügung stellen wird, werde ich auch Menschen im Gehen aufnehmen. Jetzt gehe ich aber.“
 „Beeilen Sie sich! Es ist schon bald sechs Uhr!“
 Der Photograph ging den großen Mathematiker anlässlich seines zweihundertjährigen Jubiläums photographieren, und die Redaktion wälzte sich vor Lachen.
 Mitten im schönsten Lachen kam Stepa, Redakteur der Abteilung „Wissenschaft und Leben“. Hinter ihm leuchtete eine dicke Bürgerin.
 „Hören Sie, Perfizki“, sagte Stepa, „diese Bürgerin hat ein Ansuchen an Sie. Kommen Sie näher, Bürgerin, der Genosse hier wird Ihnen alles erklären.“
 Stepa lächelte und lief davon.
 „Nun?“ fragte Perfizki. „Was wünschen Sie von mir?“
 Madame Grizewa — sie war es — hob ihre schwärmerischen Augen zu dem Reporter empor und drückte ihm schweigend einen Zettel in die Hand.
 „So“, sagte Perfizki, „... unter das Pferd geraten ... mit einem leichten Schrecken davongekommen ... Worum handelt es sich eigentlich?“

„Die Adresse“, sagte die Witwe mit stehender Stimme, „könnte ich nicht die Adresse erfahren?“
 „Wessen Adresse?“
 „D. Benders.“
 „Woher soll ich die Adresse wissen?“
 „Der Genosse, der mich zu Ihnen führte, sagte mir, daß Sie sie kennen ...“
 „Ich weiß nichts. Wenden Sie sich an das Adressbüro.“
 „Vielleicht werden Sie sich erinnern, Genosse. Er trägt gelbe Schuhe.“
 „Ich selbst habe auch gelbe Schuhe. Und zweihunderttausend Menschen in Moskau tragen ebenfalls gelbe Schuhe. Wollen Sie vielleicht von all denen die Adressen wissen? In diesem Falle — ich bitte sehr. Ich werde meine Arbeit aufgeben und mich mit dieser Angelegenheit beschäftigen. Im Laufe eines halben Jahres werden Sie alles wissen. — Ich bin beschäftigt, Bürgerin.“
 Die Witwe aber, die zu Perfizki ein gewisses Vertrauen fühlte, folgte ihm in den Korridor, wobei sie mit ihren gestärkten Unterrocken ein sonderbares Geräusch verursachte, und wiederholte ihre Bitten.
 — Stepa ist ein Schuft — dachte Perfizki. — Das macht aber nichts. Nächstens hebe ich ihm den Erfinder des Perpetuum mobile an den Hals, der wird springen. — „Was kann ich denn tun?“ fragte er gereizt und blieb vor der Witwe stehen. „Woher soll ich die Adresse des Bürgers D. Bender kennen? Bin ich vielleicht das Pferd, das ihn zu Boden geworfen hat?“
 Die Witwe antwortete mit einem tonlosen Wortschwall, aus dem man nur immer wieder „Genosse“ und „bitte“ heraushörte.
 Es war bereits Büroschluss. Die Kanzleien und Gänge leerten sich. Jemandwo schrieb noch jemand eine Schreibmaschinenseite klappernd zu Ende.
 „Bardon, Madame, Sie sehen, daß ich beschäftigt bin!“ Mit diesen Worten verschwand Perfizki in der Toilette. Er ging dort zehn Minuten auf und ab und kam dann heiter heraus. Grizewa erwartete ihn geduldig am Ende des Ganges. Als sie Perfizki erblickte, belebte sie sich wieder.
 Der Reporter war wütend. „Tante“, sagte er, ich will Ihnen also sagen, wo sich Ihr D. Bender befindet. Gehen Sie geradeaus, dann wenden Sie sich nach rechts und dann gehen Sie immer geradeaus. Dort werden Sie eine Tür sehen. Treten Sie ein und verlangen Sie Tscherepenikow zu sprechen. Er wird es wissen.“

Und sehr zufrieden mit seinem Einfall verschwand Perfizki so rasch, daß die Witwe mit den gestärkten Unterrocken keine Fragen mehr stellen konnte.
 Madame Grizewa glättete ihre Röcke zurecht und schritt durch den Gang. Dann wandte sie sich nach rechts und lief weiter. Der Parkettboden krachte.
 Da kam ihr mit raschen Schritten ein brünetter Mann entgegen, in blauer Weste und himbeerfarbenen Schuhen. Oftmals Gesichtsausdruck ließ erkennen, daß der Besuch dieser Redaktion zu so später Stunde durch die besonderen Interessen der Konzeptionäre begründet war. Augenscheinlich paßte die Begegnung mit der Geliebten gegenwärtig durchaus nicht in die Pläne des technischen Leiters. Als Bender die Witwe erblickte, machte er kehrt und ging, ohne sich umzusehen, die Wand entlang zurück.
 „Genosse Bender!“ schrie die Witwe entzückt. „Wohin eilen Sie denn?“
 Der große Kombinator beschleunigte seine Schritte. Auch die Witwe ging rascher.
 „Warten Sie doch, ich habe Ihnen etwas zu sagen, hat sie. Ihre Worte aber drangen nicht in Ostaps Bewußtsein. In seinen Ohren lang und piff ein Wind. Er durchsleif vier Gänge, sprang über die Stufen der eisernen Notztreppe. Er ließ die Geliebte mit dem Echo ihrer Rufe zurück, das lange im leeren Treppenhause widerhallte.
 „Na Servus!“ brummte Ostap, als er endlich im sechsten Stockwerk anlangte. „Die hat sich aber eine passende Zeit für das Rendezvous ausgesucht. Wer hat diese leidenschaftliche Dame hergeschickt?“
 Madame Grizewa, von Ostap durch drei Stockwerke, tausend Türen und ein Duzend Gänge getrennt, trocknete sich indes ihr heißes Gesicht mit dem Zipfel ihres Unterrocks und nahm dann die Verfolgung von neuem auf. Sie mußte ihren Mann rasch finden, um ihm alles zu erklären. Matthe Lichter entzündeten sich in den Gängen. Lampen, Gänge und Türen, alles floß ineinander und war nicht zu unterscheiden. Die Witwe wurde ängstlich. Sie entschloß sich, zu gehen.
 Endlich geriet sie an die Innentreppe. Es war sehr dunkel, die Witwe aber überwand ihre Furcht, lief hinunter und zog an der Klinke der Haustür. Die Tür war versperrt. Die Witwe wollte zurück. Aber auch die Glastür, durch die sie eben gekommen war, war bereits von einer sorglichen Hand geschlossen worden.

(Fortsetzung folgt.)

Genossinnen u. Genossen! heute, Donnerstag, Wichtige Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus:

Nur so viel sei gesagt, daß die fortgesetzten Verleumdungen unseres Parteigenossen Rechtsanwalt L o e w n durch ein Schreiben des Oberbürgermeisters Dr. Sahn an alle Fraktionen endlich erledigt sind, in dem festgestellt wird,

daß Loew niemals im Widerstreit der Interessen die Möglichkeit gehabt habe, als Notar für die Stadt tätig sein zu können.

Das berührt natürlich nicht unsere Forderung, daß diejenigen Vertreter der Stadtverordnetenversammlung, die in bestimmten Ausschüssen oder Aufsichtsräten von Gesellschaften arbeiten, genauestens über die Entwicklung der einzelnen Angelegenheiten orientiert werden, vorzugsweise über Angelegenheiten, die finanzieller Art sind. In diesem Jahre hat sich die Schlusswertung des Etats auf die Betrachtung der einzelnen Steuerarten und Steuererträge konzentriert. In Wirkung der vorjährigen Etatablehnung und der späteren Ablehnung weiterer Steuerentwürfe des Magistrats ist durch die Aufsichtsbehörde bei vielen Steuerarten eine Festlegung erfolgt, an der leider nicht gerüttelt werden kann. Die Bürgersteuer ist fast die einzige Steuer noch, deren Höhe die Stadtverordnetenversammlung bestimmen kann, sie ist allerdings zur Zeit auch noch die am heißesten umstrittene Steuer. Auch die jetzige Staffellung macht diese Steuer für den proletarischen Haushalt nicht viel erträglicher. Der Wegfall ihrer Erträge würde aber das vorhandene Defizit nur noch erhöhen. Mit einer weiteren Erhöhung dieses Defizits wäre aber auch weiter zu rechnen, weil die besondere Zuschusssumme, die Berlin auf Grund der letzten Notverordnung vom Reich erhalten würde, im Wegfall kommt. Sie ist nämlich an die Bedingung geknüpft, daß die Steuermöglichkeiten voll ausgenutzt werden. Würde dann auch noch die von Preußen zu gebende Zuschusssumme fortfallen,

so würde sich das vorhandene Defizit von 65 Millionen Mark um fast das Doppelte steigern.

Das würde sich beim nächsten Etat wieder als ganz außerordentliche weitere Belastung darstellen.

Hofau kam dann noch kurz auf die Transaktion mit den Berliner Elektrizitätswerken zu sprechen und erklärte, daß die Sozialdemokraten ihre Zustimmung nur gegeben hätten, weil sie nicht wollten, daß die Stadt Berlin bei der Erfüllung der sozialen

Verpflichtungen, bei den Lohn- und Gehaltszahlungen an die Arbeiter, Angestellten und Beamten in Verzug gerate. Unter diesem Gesichtspunkt und unter den gleichen Voraussetzungen betrachten die Sozialdemokraten auch ihre Mitarbeit an dem vorliegenden Etat.

Diesem, die in gehässiger Weise bei den Ergänzungswahlen zum Magistrat die Sozialdemokratie angegriffen haben, würden recht behalten, wenn wir jetzt die Verantwortung für den Etat ablehnen würden. Wenn wir bei den Magistratswahlen durch unsere Stimmabgabe bewußt die Verantwortung mit übernommen haben, wollen wir sie jetzt nicht von uns wälzen. Selbstverwaltung verlangt Verantwortungsbewußtsein und auch Opfer vor allem in einer Zeit, in der grenzenlose Not die Geschichte der deutschen Städte maßgebend beeinflusst. Es ist eine auf die Dauer nicht mehr zu ertragende Schädigung des Gedankens der Selbstverwaltung, wenn immer wieder der Aufsichtsbehörde Gelegenheit zum Eingreifen gegeben wird. Eine noch moderneren Zielen zu orientierte Selbstverwaltung muß von jedem geschützt werden, der es mit den Interessen der Stadt Berlin ernst nimmt. Wir wollen die Freiheit zurückgewinnen, in der kleinen energisch gearbeitet werden kann am weiteren Aufbau der Stadt Berlin zum Wohle aller Arbeitenden, aller Werktätigen. (Lebhafter Beifall und Handklatschen bei den Ss.)

Für die kommunistische Fraktion sprach Stadtv. Wisniewski, dem die Aufhebung der arbeitserfindlichen kommunistischen Kommunalpolitik durch den „Vorwärts“ so auf die Nerven gegangen war, daß er die Hälfte seiner Redezeit mit Schimpfen auf den „Vorwärts“ ausfüllte. Die Deutschnationalen waren von ihrem Herrn Steiniger, dem Vorkriegstammerer Berlins, als Statredner, über Herrn von Helldin, dem alten Militär, bis zu ihrem jüngsten Mitglied Herrn Krüger gekommen, der wegen seines offenen Parteilertens mit den Nazis schon oft als Schreckenskind der Deutschnationalen Fraktion wirkte. Die anderthalbjährige Tätigkeit Herrn Krügers in der Stadtverwaltung ist ohne Einfluß auf keine kommunalpolitischen Erkenntnisse geblieben. Das zeigte seine „Statrede“ mehr als deutlich. Schluß der Sitzung gegen 21 1/2 Uhr.

Vor der Statrede wurde eine Reihe von Vorlagen, über die wir noch berichten werden, debattiert und erledigt.

Vorsicht, Gauner am Werk! Schwindel an armen Altrentnerinnen.

Altrentnerinnen sind die Opfer eines Schwindlers, der neuerdings in verschiedenen Gegenden Berlins auftaucht. Auf irgend eine Weise hat dieser Bursche in Erfahrung gebracht, daß die alten Frauen einer Begräbniskasse angehören. Er sucht sie angeblich im Auftrage der Kassenverwaltung auf und erklärt, die Zahlungsweise sei jetzt anders geregelt, die Beiträge würden persönlich eingezogen und die Dividenden gleich verrechnet. Da er natürlich nicht wissen kann, wie hoch in jedem Falle die monatlichen Beiträge sind, so läßt er sich einfach die letzte Quittung zeigen und ersieht aus ihr alles, was er erfahren will. Danach „berechnet“ er den neuen Beitrag, nimmt das Geld in Empfang und verschwindet. Eine ganze Reihe alter Leute sind diesem Gauner schon ins Garn gegangen. Vor ihm wird dringend gewarnt.

Der Schwindler ist noch jung, vielleicht 25—28 Jahre alt, 1,70 Meter groß und hat dunkles Haar. Wo er erscheint, sollte man einen Polizeibeamten herbeirufen. Mittellosen, die geeignet sind, dem Unbekannten das Handwerk zu legen, erbittet die Dienststelle D. 2 im Polizeipräsidium.

Schweres Unwetter bei Wittenberge. Das gesamte Grenzgebiet Prignitz-Mecklenburg heimgesucht.

Das Grenzgebiet Prignitz-Mecklenburg wurde gestern von einem schweren Unwetter heimgesucht. In Wittenberge wurde eine Niederschlagsmenge von 53 Millimeter verzeichnet.

Von allen Seiten zogen sich schwere Gewitter zusammen. In dem Dorfe Gando w bei Lenzen schlug der Blitz in eine Scheune und zerstörte das große Gebäude vollkommen ein. In dem Dorfe Grützel wurde ein 21jähriger Knecht, der damit beschäftigt war, das Vieh von der Koppel zu treiben, vom Blitz getroffen und auf der Stelle getötet. In Wittenberge selbst hat das Unwetter große Wasserschäden angerichtet. Der wolkenbruchartige Regen setzte in kurzer Zeit ganze Straßenzüge unter Wasser, so daß zahlreiche Keller überschwemmt wurden. Zahlreich sind die Fälle, bei denen der Blitz in die Lichtleitungen und Transformatorhäuser einschlug, so daß die Stromlieferung in der Westprignitz zeitweise unterbrochen war.

Arge Schäden durch eine Windhose.

Eine Windhose richtete im Kreis-Biesede schwere Verwüstungen an. In Neehendorf wurden mehrere Gebäude abgedeckt. Straßen und Gärten sind mit Fieselsteinen besät. Ueber 100 Jahre alte Bäume wurden entwurzelt, Obstbäume und Telegraphenmasten aus der Erde gerissen und zerbrochen. Auch in den Gemüsegärten und auf den Getreidefeldern wurden große Verwüstungen angerichtet. Die Saugkraft der Windhose war so gewaltig, daß auf den Rübenfeldern die Rüben aus der Erde gerissen wurden. Die Hauptverkehrsstraßen waren mehrere Stunden gesperrt und konnten erst nach großen Anstrengungen wieder für den Verkehr freigegeben werden.

Sechsjähriger vom Balkon gestürzt.

In einem unbedachteten Augenblick stürzte gestern nachmittag der 6jährige Pflege Sohn des Schupoberwachtmeisters Drielen vom Balkon des 1. Stockwerkes in der Fehmarstraße 21 auf die Straße hinab. Das Kind wurde mit einem schweren Schädelbruch in das Virchow-Krankenhaus eingeliefert.

Sie bestahl ihren Bruder.

Ein besonders niederträchtiger Diebstahl.

Ein arbeitsamer Mensch, ein Straßenfeger, spart in langen Jahren 3000 Mark. Sie werden ihm gestohlen. Wer war der Dieb? Die eigene Schwester!

Das ist der Tatbestand, der die 20jährige Verkäuferin Elisabeth K. vor das Schöffengericht Tempelhof brachte. Der Bruder bewahrte das Geld als Notgroschen oder für eine eventuelle Heirat in einer Brieftasche zwischen seinen Büchern auf. Kurze Zeit nachdem seine jüngere Schwester ihre Stellung als Verkäuferin aufgegeben hatte, da ihr die Arbeit „nicht mehr behagte“, fand er eines Tages einen Brief der Schwester in der Tasche, in dem 1500 Mark fehlten. Darin stand, daß sie sich das Geld zum Aufbau einer neuen Existenz „ausgeliehen“ habe und später zurückzahlen wolle. Der Bruder unternahm nichts, und das Mädchen gestand später den Eltern, daß sie das Geld ihrem Freunde, einem Händler, gegeben habe, der sich dafür Pferd und Wagen gekauft habe. Erst als nach einem halben Jahr der Rest des Geldes verschunden war, ohne daß diesmal ein Brief dabei lag, erstattete der Bruder Strafanzeige, da seine Schwester endgültig verschwunden war. Sie wurde einige Wochen später festgenommen und behauptete nun vor Gericht, daß sie das Geld auf einer 15-tägigen Reise in den Harz und auf einer Fußwanderung nach Thüringen ausgegeben habe. In welchen Orten sie aber gewesen war, behauptete sie nicht mehr zu wissen. Der Vorsitzende sprach die Vermutung aus, daß die junge Angeklagte die ganze Zeit in Berlin geblieben sei und daß das gestohlene Geld wieder um zu ihrem Freund gewandert sei, aber Elisabeth K. bestritt dies sehr energisch und behauptete, daß ihr Freund von dem ganzen Diebstahl nichts gewußt habe. Auch ihre damalige Erzählung gegenüber den Eltern wäre erlogen gewesen. Das Gericht konnte von der Angeklagten, die sehr verstockt erschien und keine richtigen Angaben über den Diebstahl und den Verbleib des Geldes machte, keine nähere Aufklärung erhalten.

Sie wurde wegen Diebstahls zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Eine Bewährungsfrist wurde ihr mit Rücksicht auf die Gesamtheit ihrer Handlungswaise vorläufig nicht zugewilligt.

Selbstmord eines Notars.

Er hatte Mündelgelder schlecht verwaltet.

Düsseldorf, 8. Juli.

Ju seiner Privatwohnung wurden der Notar Glasmacher und seine Ehefrau bewußlos aufgefunden. Während Glasmacher bereits tot war, waren die Wiederbelebungsversuche an seiner Ehefrau erfolgreich. Die Gründe für die Tat liegen in einer nicht einwandfreien Geschäftsführung des Notars, der hinterlegungs- und Mündelgelder zu verwalten hatte.

Glasmacher hatte schon vor mehreren Wochen einen Selbstmordversuch unternommen.

Ein Postbeamter erhängt sich.

Der beim Brandenburger Postamt beschäftigte 32 Jahre alte Postschaffner Albert Kersten, der drei Randbezirke im Südwesten der Stadt zu bestellen hatte und der am Abend von diesen Poststellungen noch nicht zurückgekehrt war, wurde am Mittwoch vormittag von einer Polizeistreife in der Nähe des Forsthauses Wendgraben erhängt im Walde aufgefunden. Der Beamte, der im Ruhe eines Lesers und Spielers stand, hatte nach einer kurzen Rast in einer Waldhütte seinen Bestelgang nicht fortgesetzt, sondern bis in die Abendstunden hinein gezecht. Inzwischen ermittelte die vorgelegte Dienstbehörde den Aufenthalt des läumigen Beamten und beorderte ihn telefonisch nach Brandenburg. Kersten begab sich aber statt dessen in den Wald und erhängte sich.

Weiter wird vermutet, daß der Beamte nicht zuverlässig im Dienst war, denn bei ihm wurde eine Anzahl Postanweisungen vorgefunden, für die er die Beträge noch nicht abgeliefert hatte.

99. u. 99a. Abt. Britz!

Am Sonntag: Fest der Arbeit! Abmarsch des dem 12. Juli: Festzuges um 14 Uhr von der Ideal-Siedlung. — Nachmittagsfeier im Waldchen. — Berliner Volkschor, Sprecher der SA., politische Revue, 4 Orchester, Spielmannszüge, Sport, Spiele, Konzert, Schachwettbewerb. — Ausstellung: Das politische Plakat. — Schlußfeier mit Musikeinblendung. Parteivorstand Gen. Hans Vogel hält die Festrede. Festkarte 50 Pfg., Erwerblosse 25 Pfg., Kinder frei.

Leichensfund im Walde.

In der Eberswalder Stadforst wurde von Waldarbeitern am Dienstag die Leiche eines jungen Mannes gefunden. Sie im unteren Bereich lagere Verwesungen aufwies. Nach dem Befund liegt offenbar Selbstmord vor. Der Lebensmüde hatte sich die Schlädelader geöffnet und war dann langsam verblutet. Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß der Selbstmörder Berliner ist. Es würde sich dann um einen jungen Mann handeln, der mindestens seit dem 1. Juli aus Berlin vermißt wird. Er hat anscheinend auch Papiere bei sich gehabt, diese aber so sorgfältig vernichtet, daß seine Persönlichkeit nicht mehr festzustellen war. Der Unbekannte ist etwa 25 Jahre alt, 1,75 Meter groß, hat bartloses Gesicht, blondes, kurzgeschchnittenes Haar und trug ein blaues Wästerjackett, hellgraue Sporthose mit Ledriemen und weißes Oberhemd mit feinen roten Streifen.

„Sturmbereit!“

Kommunistische Revolutionsspielerei vor Gericht.

In dem Prozeß gegen die zwanzig Kommunisten vor dem Landgericht III erlebt man trotz der Tragik der Anklage auch manches Amüsantes. Es wird gewissermaßen Versteck gespielt. Die Angeklagten erinnern an das kleine Kind, das sich mit geschlossenen Augen auf den Stuhl setzt und dem Erwachsenen zuruft: Sucht mich. So wollen sie zum Beispiel glauben machen, daß die „Rote Hilfe“ und der „Kampfbund gegen den Faschismus“ keine kommunistischen Organisationsgebilde sind. Die Rote Hilfe besteht, so hörte man gestern, aus parteilosen Arbeitern, aus einem „großen Teil Sozialdemokraten“ und aus „einem Teil Kommunisten“. Natürlich sind auch die Mitglieder des „Kampfbundes gegen den Faschismus“ durchaus nicht durchweg Kommunisten. Und die Angeklagten tun fast beiläufig, wenn man sie als Parteikommunisten anspricht. Man erfährt auch etwas über die eigentlichen Aufgaben des Kampfbundes gegen den Faschismus. Einmal will er die „ideologische Rehrtheit der Arbeiterklasse erbringen“ und zum anderen ist er gegen jeden individuellen Terror.

Ein Hassendurftiges Mitglied des Kampfbundes lernte man in dem Angeklagten L. kennen. Er stellte sich als Katholik vor, der dem Kampfbund beigetreten sei, weil der Glaube in Italien vom Faschismus bedrängt werde; aus den Zeitungen wisse er aber, daß Nationalsozialisten Faschisten seien. Dieser gläubige Katholik spielt den Kurier. Von dem Staffelführer M. erhielt er ein geschlossenes Kuvert, das zwei Zettel enthielt, die auftragsgemäß weitergegeben werden sollten. Sie wurden im kommunistischen Verkehrslokal hinter dem Ofen zerissen aufgefunden. Es hieß darin ungefähr: Aus dem beiliegenden Brief ersiehst du, daß irgend etwas zur stattfindenden Versammlung unternommen werden soll. Die Gruppenführer sind einzuladen zu dem und dann, die Informationen hol dir von der Bezirksleitung; es ist ratsam, daß du selbst um 4 Uhr zur Stelle bist. Sturmbereit. „Sturmbereit“ — das bedeutet bei der Antifa ungefähr soviel, wie „Heil Hitler“ bei den SA-Leuten. Die Zettel will L. nicht ordnungsgemäß weitergeben haben, da er zu einem Geburtstag mußte; deshalb habe er sie später im Lokal zerissen. Nachdem er nun an dem Tage den Geburtstag gefeiert hatte, wurde er in der Ruckstraße von einem Mädchen angesprochen, ging mit ihm mit und — hatte nachher kein Geld, um die Elektrische zu benutzen. Er mußte zu Fuß nach Hause gehen und kam noch zeitig genug, um bei der Schiebererei zugegen zu sein.

Der Staffelführer M. ist ein intelligenter Arbeiter. Seit Weisung hatte er seiner Staffel den Befehl erteilt, sich sturmbereit zu halten, und zwar aus Furcht, die Nationalsozialisten könnten die kommunistischen Verkehrslokale überfallen. Als er aber die Lokale aufsuchte, war niemand von seiner Staffel anwesend. „Ich habe angenommen“, sagte er, „daß die Einladung wohl wieder einmal nicht geklappt hat.“ In dem Lokal, in dem er sich aufhielt, befanden sich aber zehn Genossen — die Namen wollte er dem Untersuchungsrichter nicht nennen —, er hat sie dazubehalten und war es auch, der sie später nach Hause schickte. Wie gesagt, M. versteht nicht zu halten, im Gegensatz zu manchen seiner Genossen. Die Namen der Unterbezirksführer will er nicht nennen. Man hat fast den Eindruck, daß der sturmbereite Bund gegen den Faschismus so etwas wie eine Geheimorganisation ist. Alles natürlich nicht ernst zu nehmende Revolutionsspielerei.

Aus der Schule geplaudert hatte aber vor dem Untersuchungsrichter der Leiter der Ortsgruppe Pantom, W. Er erzählte, daß am 25. März außer seiner Gruppe noch die Gruppen Weihenker, Kreuzberg, Hohenschönhausen und Heinersdorf, also der gesamte Bezirk Nordost, zur bestimmten Zeit in der Friedenwalder Straße sein sollte; von dort ging es zur Guckowstraße. Hier fand eine Gruppenführerbesprechung statt, seine Gruppe und die Gruppe Heinersdorf wurden in das Lokal Vogel geschickt. Von hier aus brach man später zur Friedhofsmauer auf, den Nationalsozialisten entgegen.

Daß eine Planmäßigkeit stattgefunden hat, unterliegt keinem Zweifel. Während die Staatsanwaltschaft aber der Ansicht ist, diese Planmäßigkeit habe einen Heberfall auf Nationalsozialisten gegolten, erklären die Angeklagten, daß an diesem Abend bloß beabsichtigt gewesen sei, ihre Lokale vor nationalsozialistischen Heberfällen zu schützen.

Kinderhaarpflege. Das Kinderhaar muß besonders sorgfältig gepflegt werden. Nehmen Sie hierzu ein mildes Shampoo, wie es „Schwarzkopf-Extra“ ist. Außerdem liegt diesem „Haaröl“ ein „jenes ideale Mittel“, das Haar elastisch, kraff und gesund zu erhalten. Was aber die Kinder besonders begeistert, ist die neue „Schaumbürste“, die als Hilfe von „Schwarzkopf-Extra“ dient. Sie wehätet, daß den Kleinen Schaum oder Wasser in die Augen kommt und macht ihnen die Haarwäsche zum Freudenfest!

Warum Stalins Wendung?

Der Fünfjahrplan der russischen Schwerindustrie bei weitem nicht erfüllt.

Stalins jüngste Rede hat den, der die wirtschaftliche Entwicklung Russlands verfolgt, keineswegs überrascht. Seit Wochen und Monaten erschienen in der russischen Presse erst kurze Notizen, dann kleine Artikel, schließlich ganze Zeitartikel, welche von der sich ankündigenden Wendung sprachen, oder besser, welche die sich bereits vollziehende Wendung erkennen ließen. Allerdings fehlte der Praxis noch die allerhöchste Sanktion; in diesem Sinne hat Stalins Rede freilich erhebliche Bedeutung. Die Praxis war schon da. Seit Wochen und Monaten führen die Chossakowitschi, die „Wirtschaftler“, einen erbitterten Kampf gegen die „Gleichmacher“. Seit langem werden die letzten Reste ehemaliger Mitbestimmung der Arbeiter in den Betrieben abgebaut. Der alte „Trugakt“, die Dreieinigkeit von Direktion, Betriebsrat und Parteizelle, hatte Platz gemacht dem „Jedmonatschale“, der einheitlichen Befehlsgewalt.

Die wirtschaftlichen Gründe für die neue Wendung liegen klar zutage.

Die „Rote Fahne“ ist zu einem Majestätsverbrechen genötigt: Sie entstellt die Rede Stalins. Ihr zufolge hätte er gesagt: „In den ersten fünf Monaten dieses Jahres haben schließlich einzelne Zweige der Industrie, wie der Bergbau und die schwarze Metallindustrie, nur von 6 bis 10 Proz. Produktionszuwachs zu verzeichnen.“ Stalin war viel vorsichtiger. Stalin sagte: „Es gibt einzelne Industriezweige, die einen minimalen Zuwachs verzeichnen, von 6 bis 10 Proz. und sogar noch weniger. Zu den letzteren gehören Kohlenbergbau und Schwarzmetallurgie.“ („Pravda“ vom 3. Juli.) Der anscheinend nur kleine Unterschied ist sehr wichtig. Die Bolschewiki wären nämlich heillos, wenn die Metallurgie wenigstens um 10, ja, wenn sie auch nur um 6 Proz. mehr produzierte als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Aber in Wirklichkeit bleibt sie sogar hinter der Produktion der ersten fünf Monate 1930 zurück.

Dieses Zurückbleiben der Metallindustrie und des Bergbaues, dieser Mißerfolg an den entscheidenden Abschnitten der Fünfjahresfront, sind der wichtigste Grund für den neuen Kurs.

Ueber das Schicksal des Fünfjahresplans entscheidet aber die Schwerindustrie, entscheiden Kohle, Eisen, Stahl, Walzisen. Es ist daher auch nur selbstverständlich, wenn gerade auf diesen Gebieten die Planaufgaben ganz besonders ernst sind.

Die Metallproduktion hat erst 1930 das Vorkriegsniveau übersteigen können. An Eisen wurde im Jahre 1930 um 19 Proz., an Stahl um 34 Proz., an Walzisen um 28 Proz. mehr erzeugt als vor dem Krieg. Entsprechend dem außerordentlichen Bedarf des Landes soll das Jahr 1931 die Stahlproduktion im Verhältnis zur Vorkriegszeit verdoppeln, die Eisen- und Walzisenproduktion auf nahezu das Doppelte steigern. Der Plan sieht vor:

Eisen	8,00 Millionen Tonnen
oder 60 Proz. mehr gegen 1930 u. 89 Proz. mehr gegen Vorkriegszeit	
Stahl	8,85 Millionen Tonnen
oder 55 Proz. mehr gegen 1930 und das Doppelte der Vorkriegszeit	
Walzisen	6,60 Millionen Tonnen
oder 48 Proz. mehr gegen 1930 u. 90 Proz. mehr gegen Vorkriegszeit	

Der Hauptanteil fällt auf die Vereinigung „Stahl“, in der die großen Betriebe im Zentrum und im Süden zusammengefaßt sind, bei Eisen 73 Proz. der Produktion, bei Stahl 58, bei Walzisen 61 Proz. Der Rest verteilt sich auf „Oststahl“ im Ural und in Sibirien und auf die sogenannte kleine Metallurgie.

Die „Metallurgie“ arbeitet nun in dem dritten „entscheidenden“ Jahr des Fünfjahresplans, wie die folgenden Ziffern zeigen, ganz außerordentlich schlecht.

In den ersten vier Monaten 1931 betrug die Roheisenproduktion 1528 000 Tonnen. Das sind genau 19,1 Proz. der Jahresaufgabe! Eine erschreckend kleine Menge. Soll der Plan

erfüllt werden, dann müßten in den folgenden acht Monaten 6 472 000 Tonnen produziert werden, was ausgeschlossen ist. Um so mehr ausgeschlossen, als weder Mai noch Juni den dazu notwendigen Umschwung gebracht haben.

In den ersten vier Monaten 1930 betrug die Roheisenproduktion 1 670 000 Tonnen. Die Produktion im Vorjahr überstieg die des Jahres 1931 noch um 142 000 Tonnen. Das geschieht in dem Jahr, in dem statt 5 Millionen nunmehr 8 Millionen Tonnen erzeugt werden sollen. Statt zu steigen, sinkt die Produktion!

Das gleiche gilt für Stahl und Walzzeugnisse, wie die folgende Uebersicht zeigt.

	Eisen	Stahl	Walzisen	Tonnen
März 1931	395,600	439,200	340,600	
März 1930	440,100	496,000	404,200	
April 1931	412,500	416,300	313,000	
April 1930	490,600	477,700	380,000	
Mai 1931	410,400	413,500	295,800	
Mai 1930	446,400	494,300	383,700	

Die Juni-Ergebnisse sind noch nicht bekanntgegeben, doch sind sie leicht zu erschließen, wenigstens für Eisen. Die Vereinigung „Stahl“ erzeugte im Juni 313 600 Tonnen, das ergibt eine Gesamt-eisenproduktion für die Union von etwa 410 000 Tonnen.

Wir fassen zusammen: Am Ende des ersten Halbjahres 1930, im Vorjahr also, waren erzeugt 2 557 000 Tonnen, mehr als die Hälfte der Jahresproduktion. Am Ende des ersten Halbjahres 1931 waren erzeugt 2 348 000 Tonnen, weniger als in der gleichen Zeit 1930, noch nicht 30 Proz. des Jahresplans. Mit anderen Worten: Der Metallplan für das „entscheidende“ Jahr ist nicht erfüllt und kann nicht mehr erfüllt werden.

Was das bedeutet, braucht wohl nicht näher ausgeführt zu werden. Es sei bloß ein einziges Zitat aus der „Pravda“ vom 18. Mai angeführt: „Die Fabrik „Kotler Oktober“ in Odesa, welche Traktorspüße erzeugt, wurde am 16. Mai für drei bis vier Wochen stillgelegt. Es fehlt an Eisen. Die Folge ist, daß die aus Stalingrad und von den Putilow-Werken gelieferten Traktoren unverwendbar liegen bleiben müssen. Die Fabrik braucht im Monat 45 Waggons. Alle Versuche der Direktion, sich das notwendige Eisen zu beschaffen, blieben erfolglos.“ In der Nummer vom 5. Juni kann man finden, daß die Fabriken zur Erzeugung landwirtschaftlicher Maschinen in der Ukraine im zweiten Vierteljahr nicht mehr als die Hälfte des Plans ausführen.

Das sind die Zusammenhänge, welche die neue Wendung erzwingen haben.

Wie die Metallindustrie kann auch der Kohlenbergbau sich nicht einmal eines Produktionszuwachses von 6 Proz. über das Vorjahr rühmen. Januar und Februar 1931 litt der Bergbau allerdings stark unter der außerordentlichen Kälte. Die Pläne wurden im größten Kohlenrevier, dem Donezbecken, im Januar zu 72,8 Proz. erfüllt, im Februar zu 58,3 Proz. Aber die Planerfüllung besserte sich auch nicht in den folgenden Monaten. Vom März bis Juni betrug die Förderung im Donbass um ganze 0,8 Proz. mehr als in den gleichen Monaten 1930.

Dabei liegen die Verhältnisse im Donbass noch relativ gut. In dem zweiten großen Revier, dem um Rostau herum, steht es noch schlechter. In den drei Monaten März, April, Mai wurden in der ganzen Union sogar um

930 000 Tonnen weniger Kohlen gefördert als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres!

Weder „sozialistischer Wettbewerb“, noch die berühmten „Stoßbrigaden“ haben auch nur nennenswerte Erfolge erzielt. Von ihnen ist in der neuen Rede Stalins mit Recht nicht mehr die Rede.

Kommunalfredit und Aktienbesitz

Wie Dr. Silberberg über den Verkauf der kommunalen RWE-Aktien denkt.

Wir haben gestern in dem Artikel „Unserer Wirtschaftsberichterstattung“ darauf hingewiesen, daß man die durch die Krise erzwingene kurzfristige Verschuldung der Städte, die übrigens keine ausländische ist, dazu benutzen will, um die Städte zum Verkauf von lebenswichtigem Aktienbesitz an großen Kraftunternehmungen zu zwingen. Es handelt sich dabei um eine in der Reichsbank geäußerte Ansicht und um den Aktienbesitz rheinisch-westfälischer Städte an der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk A. G. Wir haben auf den volkswirtschaftlich gefährlichen Charakter solcher Zumutungen hingewiesen und diese Zumutungen scharf abgelehnt.

Es ist außerordentlich interessant, daß Dr. Paul Silberberg, einer der aufs engste mit dem RWE verbundenen Wirtschaftsführer des Rhein-Ruhr-Gebiets, weit davon entfernt ist, die höchst merkwürdige in der Reichsbank geäußerte Auffassung zu teilen. Er bezeichnet eine Behauptung, die ihm selbst eine solche Auffassung bzw. Äußerung unterstellt, als wissenschaftliche Lüge. Die volle Privatisierung des RWE liege keinesfalls im Interesse des rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerkes selbst und sei angesichts der entscheidenden Bedeutung der Städte für die Stromverteilung praktisch auch nicht möglich.

Berliner Konsum im Juni.

Wieder 1300 neue Mitglieder.

Die Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend verzeichnete im Juni 1931 einen Umsatz von 5 606 984 Mark. Der Zugang neuer Mitglieder belief sich im Juni auf 1308, womit die Aufnahmeergebnisse der letzten Monate nicht unbedeutend überschritten wurden. Im 32. Geschäftsjahr, das

mit dem 30. Juni 1931 abschloß, haben insgesamt 26137 Haushaltungen ihren Anschluß an die Berliner Verbraucherorganisation vollzogen. Der Einlagenbestand der konsumgenossenschaftlichen Sparkasse, die von rund 144 000 Mitgliederfamilien als Spareinrichtung benutzt wird, belief sich am 30. Juni auf 49 138 163 M.

Der Monat Juni brachte eine Erweiterung der konsumgenossenschaftlichen Warenvermittlung durch Eröffnung einer Lebensmittel- und einer Fleischabgabestelle in Zeuthen, Niedersorger Str. 13. Insgesamt verfügt die Genossenschaft über 287 Lebensmittelabgabestellen, 85 Fleischabgabestellen, 4 Warenhäuser, 2 Manufakturwarenabgabestellen und 1 Möbelhaus. Ergänzend treten 2 Wanderabgabestellen hinzu, die der Bedarfsdeckung in Siedlungen und in den Außenbezirken dienen.

Abschluß der Dierig A. G.

Reingewinn zur Reservebildung verwandt.

Die Christian Dierig A. G., Langenbielau, veröffentlicht den Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr 1930. Die Gründung der Deutschen Baumwoll-A. G. (Debag), in die die beiden größten deutschen Baumwollunternehmen — Dierig A. G. und F. H. Hammerstein A. G. — eingebracht wurden, hat sich im Berichtsjahr noch nicht ausgewirkt. Die Debag wird beherrscht von der Familie Dierig, die früher das ganze Kapital der Dierig A. G. (30 Mill. Mark) besaß und die Dierig-Aktien gegen Debag-Aktien umgetauscht hat; dazu besaß sie die Aktienmehrheit der Hammerstein A. G.

Der Bericht der Christian Dierig A. G. führt aus, daß trotz der Krise und trotz des Preisrückgangs der Umsatz wertmäßig sich nicht vermindert habe; er muß also wieder etwa 28 Mill. Mark betragen haben. Da man sich frühzeitig auf die Krise vorbereitet habe, konnte ein Verlustabschluß vermieden werden, obwohl der Preisrückgang eine Abwertung der notwendig hohen Lagerbestände gebracht habe. Der Bruttogewinn ist von 5,3 auf 4,9 Mill. Mark zurückgegangen; die Abschreibungen wurden von 2,1 auf 1,7 Mill. ermäßigt. Der Reingewinn des Berichtsjahres wich mit nur 0,13 Mill. Mark (0,59 Mill.) ausgemittelt, der sich durch den

hohen Vortrag aus dem Vorjahre auf 1,28 Mill. Mark erhöht. Davon soll eine Million Mark als Sonderrücklage in Reserve gestellt werden; der Rest wird vorgetragen.

Die Anlagen erhöhten sich durch Zugänge auf Maschinenkonto um 0,4 Mill. Mark auf 28,4 Mill. Mark, denen ein Abschreibungsfonds von rund 13 Mill. Mark gegenüber steht, so daß der Wert der Anlagen mit 15,4 Mill. Mark zu Buche steht. Die Zugänge sind wie üblich nicht über Abschreibungsfonds, sondern über Unterkonto finanziert worden. Die Beteiligungen erhöhten sich durch Zukauf von Hammerstein-Aktien (zwischen umgetauscht in Debag-Aktien) von 0,6 auf 8,1 Mill. Mark. Die Forderungen und Guthaben gingen entsprechend zurück, von 19,3 auf 10,4 Mill. Mark. Das Warenlager ist weiter — trotz des Preisrückganges — gesunken, von 15,1 auf 18,0 Mill. Mark und hat bei einem Umsatz von etwa 28 Mill. Mark eine bedenkliche Höhe erreicht. Allerdings sind die Schulden verhältnismäßig nicht hoch und haben sich weiter ermäßigt, von 13,9 auf 13,4 Mill. Mark.

Tiefpunkt erreicht?

Stahlvereins-Umsatz etwas höher. Aber Produktion noch weiter gedrosselt.

Die Vierteljahresausweise der Vereinigten Stahlwerke A. G. sind von besonderem Interesse, da der Absatz der Grundstoffe Kohle und Eisen für die Beurteilung der Konjunkturlage sehr wichtig ist.

Der Gesamtumsatz des Stahlvereins zeigt zum ersten Male seit langer Zeit eine kleine Besserung: er betrug im zweiten Quartal 1931 (April bis Juni) 212,3 Millionen Mark gegenüber 206,6 Millionen Mark im vorhergehenden Quartal. Der Inlandsabsatz machte 119,3 Mill. Mark aus und ist gegenüber dem vorhergehenden Quartal noch geringfügig gefallen (122,5 Mill.); die rückläufige Bewegung scheint damit zum Stillstand gekommen zu sein. Der Auslandsabsatz zeigt eine ziemlich starke Besserung; er stieg von 84,1 auf 93,0 Mill. Mark. In den abgelaufenen 9 Monaten des Geschäftsjahres 1930/31 ging der Gesamtumsatz gegenüber der Vergleichszeit des Vorjahres von 976,5 auf 652,7 Mill. Mark (um 33 Proz.) zurück; der Inlandsabsatz verringerte sich stärker (606,2 auf 371,8 Mill. Mark oder um 39 Proz.) als der Auslandsabsatz (24 Proz.).

Die Produktion des Stahlvereins zeigte im Gegenjahre zum Umsatz eine weitere Verschlechterung. Die Kohleförderung betrug im 2. Quartal 1931 nur 4,2 Millionen Tonnen gegen 4,7 Millionen Tonnen im ersten Quartal; die Roheisenproduktion ging von 1,45 auf 1,25 Mill. Tonnen zurück. Weniger stark war der Rückgang bei der Eisen- und Stahlproduktion; an Roheisen wurden 0,78 (gegen 0,81) Mill. Tonnen, an Rohstahl 0,91 (gegen 0,96) Mill. Tonnen produziert. Die rückläufigen Produktionsziffern zeigen, daß der Stahlverein einen Teil seiner Lagerbestände verkauft hat, um sich finanziell ein wenig zu entlasten.

Die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten ist infolgedessen weiter verringert worden. Am 30. Juni 1931 wurden 102 924 Arbeiter beschäftigt, gegen 152 936 am 30. Juni 1930. Ihre Zahl ist also entsprechend dem Umsatzrückgang um ein Drittel verringert worden. Weniger stark war der Abbau bei den Angestellten; ihre Zahl verringerte sich von 16 732 auf 14 942.

Ueber die Einwirkung der Ruffen- und Reichsbahnausträge wird noch nichts mitgeteilt. Der Auftragsbestand hat am 30. Juni nur etwa 55,3 Proz. des Auftragsbestandes im Monatsdurchschnitt im Geschäftsjahr 1929/30 betragen. Neuestens wird noch bekannt, daß auf dem Werk Nachradt ab 6. Juli sechs Walzstraßen in Betrieb gesetzt wurden, wodurch 350—400 Arbeiter wieder eingestellt werden konnten.

Anglo Persian in Deutschland.

Die Kapitalerhöhung der „Dleg“ von 24 auf 60 Millionen.

Der große englische Petroleumkonzern Anglo Persian Oil Company, der schon seit einigen Jahren an der Dleg O. m. b. H. beteiligt ist und die Aktienmehrheit dieser Gesellschaft in Händen hat, führt jetzt eine Kapitalerhöhung der Dleg von 24 auf 60 Millionen Mark durch und bringt dadurch seinen Aktienanteil auf 60 Proz. Die Erhöhung der englischen Interessennahme entspricht den Kapitalinvestitionen, die in den letzten Jahren mit englischen Geldmitteln vorgenommen worden sind.

Die Dleg war früher die Verkaufsgesellschaft der Deutschen Petroleum A. G., die vor dem Kriege die größte deutsche Delgesellschaft war und auch im Ausland (Rumänien, Belgien usw.) über ausgedehnte Interessen verfügte. Die Beherrschung der Dleg, die jetzt ein weitverzweigtes Tankstellennetz in Deutschland hat, ist dadurch bemerkenswert, daß die Anglo Persian, der zweitgrößte britische Delkonzern, seit 1914 unter Kontrolle der britischen Regierung steht. Von dem Aktienkapital in Höhe von rund 480 Millionen Mark befinden sich für 150 Millionen Mark Aktien in Händen der englischen Regierung. Die Belieferung der englischen Marine mit flüssigem Brennstoff erfolgt durch diese Gesellschaft.

Kupfer-Hauffe schon wieder vorüber!

Das Internationale Kupferkartell hatte die durch die Hoover-Aktion angeregte günstige Stimmung auf den Weltbörsen benutzt, den Kupferpreis in die Höhe zu treiben. Es machte das so, daß es die auf dem Markt auftretenden Anforderungen, die an sich gering waren, nicht voll befriedigte. Jetzt, da dieser vorübergehend stärkere Bedarf gedeckt ist, verjängt die Taktik des Kartells nicht mehr. Der Londoner Kupferpreis mußte gleich um 0,50 Dollarcent, von 9,27% auf 8,77% Dollarcent, das englische Pfund, herabgesetzt werden. Die amerikanischen Lohnhütten sollen aber auch diesen Preis schon wieder unterbieten.

Diskontenerhöhung in Spanien. Der Diskontsatz der Bank von Spanien wurde am Mittwoch von 6 auf 6½ Prozent erhöht. Aus Barcelona wird gemeldet, daß die Bank von Katalonien mit einem Aktienkapital von 50 Millionen und Passiven von 370 Millionen Peseten die Zahlungen eingestellt hat.

Großhandelsindex gesunken. Das Statistische Reichsamte hat den Großhandelsindex für den Monatsdurchschnitt Juni auf 112,3 berechnet; gegenüber Mai (113,3) ist er also um 0,9 Prozent gefallen. Bei allen Preisgruppen ist ein Rückgang eingetreten; am stärksten war er bei den Agrarprodukten, die von 109,2 auf 107,3 zurückgingen, obwohl die Vieherzeugnisse eine leichte Steigerung erfuhren.

Axel Rasmussen: Aus Angst

Gewöhnlich ist das Leben genau so schwer, wie man es sich macht. Und das bedeutet, daß ein Mann wie Heinrich Gnade, der gewöhnt ist, durch eine unglückliche, fast möchte man sagen, pathologische Anlage aller Vorgänge und Geschehnisse des Daseins bis ins Letzte zu zerdenken und zu zergrübeln, nie zu einer rechten Freude an eben diesem Dasein kommt.

Er hatte fast fünfzig Jahre gewartet, ehe er sich entschloß, zu heiraten. Und nach weiteren drei Jahren begann er bereits darüber nachzudenken, warum er geheiratet hatte.

„Gewiß“, dachte er, „Helga ist schön, jung, nicht über ein erträgliches Maß hinaus dumm. Sie besitzt — was sehr selten ist — Takt des Herzens und Takt der Seele. Sie drängt sich mir nicht auf, sie hat Achtung vor meinem Wunsch — meinem häufigen Wunsch nach Einsamkeit. Aber — lieb ich sie denn?“

Oft beobachtete er sie mit der verstohlenen Heimlichkeit eines schlechten Gewissens. Heller und fröhlich wie ein schönes Tier ging sie durch sein Haus, in jenem vollkommenen inneren Gleichgewicht, das nur solche Menschen besitzen, die von Strapazen und Bedenken nicht belastet sind. Sie spendete ihm jene wohl abgemessene kühle Zärtlichkeit, die dem vorzeitig verbrauchten Gefährten, dem leidenschaftlichen Denker und müden Träumer genügt. Und wenn das, was er noch zu bieten vermochte, in seinen späteren Jahren, nämlich väterliche Zuneigung zu der jungen, kameradschaftlichen Anteilnahme, gutmütiges Gewährlassen, ihr nicht genügt, so zeigte sie es doch nicht.

Viele andere Männer an Gnades Stelle wären sehr glücklich gewesen. Gnade war es nicht. Zum Glückseligkeit muß man eine Veranlagung mit ins Leben bringen, die diesem Manne vollkommen abging. Aber er war natürlich auch nicht unglücklich. Er war überzeugt, daß Helga die beste Frau für ihn war. Sie hatte ihre Mängel, gewiß. Aber sicher weniger als jede andere Frau, die irgendwo in Betracht kam. Sie stellte keine Ansprüche an ihren Mann, die Gnade nicht hätte befriedigen können.

Aber da sie nun einmal so eng mit seinem Leben verbunden war, hielt der Mann es für nötig, sein Verhältnis zu dieser schönen Frau zu überdenken. Er war überzeugt, nach wenigen Jahren schon, daß er sie nicht aus Liebe geheiratet hatte.

Das Problem beschäftigte den Mann um so mehr, als es von jeher sein Stolz und sein Ziel gewesen war, nichts zu tun ohne einen hinreichenden Grund. Diesem Grunde kam er nahe, als eine Krankheit ihn, den Zarten, immer Anfalligen und zu Erkrankungen geneigten, aufs Lager warf.

In den langen Nächten, wenn die rote Ampel ihr mattes, warmes Licht verstreute, wenn Helga unermüdet, freundlich, mit gutem Zuspruch auf und nieder ging, ihm die tausend kleinen Handreichungen gewährte, die eine Krankenpflege notwendigerweise mit sich bringt, — in diesen Nächten, wo das Fieber ihn nicht schlafen ließ, kam Gnade endlich zu der Erkenntnis: „Ich habe sie aus Angst geheiratet.“

Er lächelte getrübt und ein bißchen verworren. „Ja — aus Angst“, dachte er. Die Angst vor diesem einen, Ungeheuerlichen, das sich aller Erkenntnis so hartnäckig widersetzt, und durch das doch jeder — auch der Schwächste, der Armseligste, der Nutzloseste noch hindurch mußte? Unweigerlich hindurch mußte?

Ja, die Ueberzeugung, es müßte gut sein, in der Stunde des Todes jemanden bei sich zu haben, der einem die Hand hält, den Schweiß von der Stirn trocknet, ihm sagt: was dir auch geschieht — du bist nicht allein — diese Ueberzeugung war es wohl, die ihn in die Ehe getrieben hatte, die ihn zu diesem jungen Mädchen getrieben hatte, das jetzt seine Frau war. Sie war dreißig Jahre jünger — sie würde, nach menschlicher Voraussicht, ihn überleben. Sie würde bei ihm sein, wenn es galt zu sterben.

Vorkünftig zwar, vorläufig dachte er noch nicht daran. Es sah anfänglich höflich genug aus mit ihm; er hatte keinen sehr widerstandsfähigen Körper — doch dann erholte er sich überraschend schnell. Er war schon wieder aufgestanden — er war heiterer und aufge-

schlossener als je vordem, als ein unerwarteter Rückfall ihn wieder niederwarf.

Dieses Mal ging es zu Ende. Gnade spürte es. Er brauchte nicht das Gesicht des Arztes, nicht das Lächeln seiner Frau zu studieren, um es zu wissen. Er spürte den Griff des Todes an seiner Kehle, er spürte ihn an dem Herzen, das in wahnsinniger Angst alle Kraft zu letztem tobendem Widerstand zusammenraffte.

Aber er wollte die Angst überwinden. Er würde nicht einsam sterben — und das war gut. Fast vermochte er zu lächeln vor Befriedigung darüber, daß er nicht so ganz allein dem Tode Auge in Auge gegenüberstehen würde.

In einer Nacht — durch das offene Fenster des Krankenzimmers kam ein süßer Duft von Gräsern und Blumen und das leise, seltsame endlose Zirpen der Grillen, die im Garten ihre Vieder probierten, in dieser Nacht rief Gnade seine Frau an sein Lager, nahm ihre Hand in seine feuchten, schweißbedeckten Finger und sah sie lange und ernsthaft und gültig an.

„Helga“, flüsterte er mit röchelnder Stimme. „Jetzt geht es zu Ende...“

Die Frau wollte widersprechen. Aber er schnitt ihr das Wort ab. „Bemühe dich nicht“, sagte er. „Ich weiß, daß es zu Ende geht. Ich täusche mich nicht. Es wird bald keine Brücke mehr sein von dir zu mir — ich gehe fort — dorthin, wo es keine Wiederkehr gibt. Hast du... willst du mir noch irgend etwas sagen?“

Er wußte wohl, warum er diese Frage stellte. Er wollte sie bestätigt sehen, er wollte hören, daß sie ihn liebe, ihn bemitleide, daß sie Schmerz trage um ihn. Er wollte sich ihres Herzens versichern, wollte die Gewißheit haben, sie würde ganz bei ihm sein in dieser letzten schweren Stunde. Auch mit ihrer Seele, auch mit ihrem Herzen. Denn er hatte große Angst.

Aber die Frau deutete den ersten dringenden Blick seiner Augen anders. „Er ist ein guter“, dachte sie mit innerlichem Schluchzen. „Immer war er gut zu mir. Gewiß hat er mich auch geliebt, auf seine Art. Warum betrog ich ihn? Er weiß, daß ich ihn betrog. Seinen Augen sehe ich an, daß er es weiß. Nun will er, daß ich es gestehe — daß nicht die Lüge zwischen uns stehen soll in dem Augenblick, da wir für immer voneinander scheiden. Er wird mir vergehen.“

Und sie gestand. Getrieben von ihrem Gewissen, mit starker, fallender Zunge, in Pausen, nach Worten suchend, sagte sie ihm alles.

Der Mann sank bei jedem Satz, den sie sprach, tiefer in seine Kissen zurück. Seine Augen quollen heraus, er atmete dumpf. Nein — das hatte er nicht erwartet. Er, der seine Liebe abgelehnt hatte, in der Tiefe seines Herzens hatte er fest auf ihre Liebe zu ihm vertraut. Sie hatte ihn betrogen — und er hatte es nicht gewußt. Sie war neben ihm hergegangen und hatte zu ihm gesprochen, hatte ihn angelächelt, und zuweilen zärtlich gestreichelt. Aber Worte und Lächeln und Zärtlichkeit galten einem anderen — und er hatte es nicht gewußt. Sie hatte sein Vertrauen getäuscht und noch jetzt, in dieser Stunde, senkte sie den Stachel schmerzender Eifersucht tief, tief in die Brust des Sterbenden.

„Hinaus“, stöhnte der Mann mit röchelnder Stimme, als die Frau endlich, endlich! — geendet hatte, und wies mit bebender Hand nach der Tür. „Hinaus!“

Erschrocken, betroffen, zitternd sah die Frau ihn an. Sie wollte sprechen, betteln, erklären. Aber vor den drohenden Augen des Mannes bekam sie Angst. Bangsam, Schritt für Schritt, das Gesicht dem Kranken zugewandt, ein von Tränen überschüttetes, nasses Gesicht, näherte sie der Tür, verließ das Zimmer.

Und dann fiel der Mann, erschöpft von den Erregungen der letzten Minuten, zurück in die Kissen. Fester preßte die unsichtbare Hand seine Gurgel, größer und größer wuchs die letzte Angst in seinem Herzen. Er warf sich hin und her, Schweiß perlte über seine Stirn, in die Augen trat ein seltsam brennender Glanz.

Und dann starb er. Ganz allein starb er seinen einsamen Tod...

Kurt Mielhke: Zollkontrolle

„Sieh mal rasch hin“, sagte James und deutete mit den Augen nach dem Herrn, der aus dem Abteilfenster lehnte.

„Und?“ fragte Betty.

„Kehnt er nicht sehr dem verdammten Lewis?“

„Keine Spur.“

„Was tut er? Ah, er kauft Kirichen. Im, im, Beweis würde keine Kirichen kaufen, höchstens Schnaps. Wenn das Beweis wäre, weißt du, Betty, das wäre mir verflucht unerwünscht. Vor dessen Nachgier habe ich doch so was wie Angst.“

„Ich weiß nicht, James, aber ich habe so ein dummes Vorgefühl, als ob die Geschichte schief gehen würde. Die Zollrevision soll doch so unglaublich streng sein an dieser Grenze.“

James steckte sich grinsend eine Zigarette an. „Das einzige was man von deinem sogenannten Vorgefühl sagen kann, ist, daß es wirklich dumm ist, wie du es selbst genannt hast. Du kennst meine Freiheit doch eigentlich zur Genüge!“

„Was nützt dir die ganze Freiheit, wenn sie das Paketchen mit den Diamanten finden!“ jammerte Betty.

James gähnte und würdigte Betty keiner Antwort mehr, sondern streckte sich auf den Postern des Abteils aus, das er mit Betty zulammen inne hatte, und schloß die Augen, als sich der Zug langsam in Bewegung setzte. Er schloß auch tatsächlich ein, und erst, als der Zug an der Grenze hielt, wachte er wieder auf. Betty sah ihm neroos gegenüber und flüsterte: „Sie müssen gleich kommen.“

„Wer?“ gähnte James. „Wer muß kommen?“

„Die Zollbeamten.“

James sprang auf und steckte die Hand in die rechte Hosentasche. Dann begab er sich an die Tür des Abteils und spähte hinaus. „Aha, da kamen sie, gleich zu vier.“ „Passe, bitte“ James reichte seinen Paß hin, der auf den Namen Led Charlesstom nebst Frau Mary lautete. „Tut mir leid, Mister Charlesstom“, sagte der Beamte, „aber wir müssen Sie bitten, uns zu folgen. Das gleiche gilt für Ihre Gattin.“

„Wohin?“ fragte James.

„In den Durchsuchungsraum. Wir haben behördliche Anweisung, das Gepäck eines Reisenden Led Charlesstom genau zu durchsuchen. Weil die Gefahr besteht, daß ein bekannter Hochstapler, der sich unter diesem Namen verbirgt, versuchen wird, Diamanten einzuschmuggeln.“

Betty stieß einen gut gemachten Entrüstungsstöhnen aus. „Soll ich etwa auch untersucht werden?“

„Bedauere, gnädige Frau, aber ich muß tun, was meine vorgelegte Behörde von mir verlangt. Sie werden überdies von einer Beamtin visitiert werden.“

„Also, Kind, nun rege dich nicht auf“, sagte James mit schmalziger Stimme. „Du weißt, daß wir der Distaktion mit größter Ruhe entgegensehen können, aus dem furchtbar einfachen Grunde, weil ich außer ein paar Zigarren nichts Schmuggliches habe!“

Lächelnd und den neuesten Tonstimmungsstörer trällernd, folgten er zwei Beamten, während die beiden anderen die weitere Kontrolle des Zuges übernahmen. Man führte ihn in einen hellen Raum mit hohen Fenstern. Das gleiche geschah mit Betty. Beide mußten sich bis aufs Hemd ausziehen und bei beiden wurde nichts, aber auch nicht der geringste Diamantsplitter gefunden. Das gesamte Gepäck des Ehepaars Charlesstom wurde durchwühlt. Gefunden wurde nichts. Ein besonders pfliffiger Zollbeamter nahm sich die fünf Zigarren vor, die James ironisch als einziges zollpflichtiges Gut bezeichnet hatte, drückte sie, knauschte sie, schnitt sogar probeweise eine davon auf, um nachzusehen, ob vielleicht etwas Zollpflichtiges darin läge — alles mit negativem Ergebnis. Man machte James und Betty mit Entschuldigungen entlassen. Betty war selbst sprachlos. „Wo hast du die Diamanten bloß hingesteckt?“ fragte sie.

„Rein Geheimnis“, lachte James. „Aber ich will es dir trotzdem sagen.“ Und er flüsterte ihr ins Ohr: „Es kamen doch vier Zollbeamte in unser Abteil, nicht wahr? Well, die beiden, die uns begleiteten, kamen nicht in Frage. Aber einer von den beiden anderen, die für die Zupkontrolle zurückblieben, kam in Frage. Siehst du ihn? Dort steht er; es ist der Mann mit dem blonden Schnauzbart.“

„Was meinst du eigentlich?“ flüsterte Betty.

„Na also, dem habe ich die Diamanten in die Tasche gesteckt.“

„Du bist wahnsinnig!“

„Absolut nicht! Was willst du — da sind sie am sichersten. Und jetzt werde ich sie mir wiederholen. Pah auf, wie ich das machen werde, Schatz!“ James holte die vier Zigarren aus seiner Tasche und ging auf den Mann mit dem blonden Schnauzbart zu. „Hallo, lieber Freund, bin ja ziemlich malträtiert worden von dieser Zollstation. Da Sie unbeteiligt dabei waren, darf ich Ihnen und Ihrem Kollegen wohl diese paar Zigarren zukommen lassen. Es ist eine gute, teure Sorte, aber mir macht es doch keinen Spaß mehr, sie zu rauchen, nachdem man sie derartig betastet und untersucht hat!“ Damit schob er dem Mann mit dem Schnauzbart die vier Zigarren in die rechte Rocktasche. Grüßte leicht, indem er die Hand an den Hut legte und ging nach dem Zuge zurück. Er zwinkerte unauffällig zweimal mit dem linken Auge, und da wußte Betty, daß der Streich geglückt war. James hatte das Päckchen wieder! Hatte es sich zurückgestohlen, während er dem Beamten die Zigarren bediente. Pfeifend kam er ins Abteil, setzte sich und lachte. „Alles klappt prima, prima. Sogar der beunruhigte Herr, den ich für diesen verdammten Lewis gehalten hatte, ist ausgestiegen. Nun kann uns nichts mehr passieren!“

„Rein“, freute sich Betty und fiel ihm um den Hals. „nun kann uns nichts mehr passieren!“ Damit hatte sie auch recht. Denn das Schlimmste, das ihnen hätte passieren können, war ihnen schon passiert. Sie wußten es bloß noch nicht.

Der Zug setzte sich wieder in Bewegung. Die Grenze war überschritten. Draußen tauchten Schilder und Tafeln mit fremden Aufschriften auf. Man war gerettet. Man konnte etwas riskieren. James erhob sich strahlend, holte das Päckchen aus der Tasche, öffnete die Schnur, wickelte das Papier auseinander. Dann setzte er sich wieder hin Käseleib. Denn was war in dem Päckchen? Diamanten?

Kirchsterne, neugieriger Leser, waren darin. Feuchte Kirchsterne und nichts anderes. Und ein paar Worte waren mit Tintenstift auf die innere Seite des Papiers geschrieben: „Auf solche alten Tricks fallen Zollbeamte herein, aber nicht dein dich liebender Lewis.“

Seit dieser Stunde neigt James bagreißigerweise zu Todsücht-anfällen.

Liebhabsender in Amerika

Die Rundfunkabteilung des Handelsministeriums der Vereinigten Staaten von Nordamerika berichtet, daß über 80 Prozent aller genehmigten amerikanischen Sender Liebhabersender sind. Insgesamt sind 22 972 Sender im Betrieb. Von diesen sind 612 Rundfunksender, 18 994 Liebhabersender, 217 Schiffsverkehrs sender, 488 Handels sender, 301 Berufs- und Bildfunksender, 215 Flugverkehrs sender und 119 geophysikalische Sender.

Der Leib baut die Seele

Dem Wort Schillers: „Es ist der Geist, der sich den Körper baut“ stellt die moderne Psychologie den Ausspruch Nietzsches entgegen: „Seele ist nur ein Wort für ein Etwas am Leibe.“ In einer fesselnden im Morris-Verlag zu Hannover erschienenen Schrift „Die Seele ist Leib“ führt der bekannte Arzt und Psychologe Dr. Paul Cohn eine Fülle von Tatsachen dafür an, daß alles Seelische nur Ausdruck leiblicher Vorgänge ist, und gewährt uns damit einen überraschenden Einblick in die Zusammenhänge unseres Befindens mit unserer Stimmung.

So ist das Selbstbewußtsein meist eine Folge des Gefühls eines kräftigen Körpers. Dieses „Staturgefühl“ verleiht einer wuchtigen Erscheinung auch „Gewichtigkeit“ des Auftretens. Hindenburg mächtiger Körper allein, sagt der Verfasser, „würde das massiose Selbstbewußtsein und damit die robuste körperliche Unterlage auch seiner feillichen Person mit sich bringen. Bismarcks Selbstbewußtsein ist ohne seinen starken Körper nicht zu denken.“ Ein weiterer Faktor des körperlichen Selbstgefühls ist das Haltungsgesühl des Menschen. Von der Haltung gehen stärkste Ströme rückwärts zum Gehirn auswärts, die Kraft geben und Kraft nehmen. Besonders wichtig ist die Kopfhaltung: ein zurückgeworfener Kopf allein erzeugt ein Gefühl von Stolz, während der nach vorn hängende Kopf auch feillich „topfhängerisch“ wirkt.

Stärker noch wirkt das Zurückwerfen des Körpers, und schon das senkrechte Aufrichten des Rückens, das Zurückbeugen des Oberkörpers beim Bergsteigen, das bloße Zurückgedrücktwerden durch einen starken Wind von vorn ruft Gefühle von Kraft und Selbstsicherheit hervor. Diese feilliche Wirkung der Haltung wird sodann durch die Symbole bedingt. Steife, hohe, schmale Stühle, die zu senkrechter Rückenhaltung zwingen, machen steif, reserviert, „aristokratisch“. Breite niedrige Sitzgelegenheiten, in denen man sich bequem zurücklegen kann, verleihen Behaglichkeit und innere Ruhe, Behnheit noch ein Gefühl der Sicherheit. Beim Thronessel gibt die Erhöhung des Sitzes das Empfinden der „Erhabenheit“. Ein Sofa macht auch feillich „bequem“, und noch mehr ein Divan, auf dem man sich immer weiter zurücklehnt.

Sehr wichtig für die Seelenstimmung ist der Gang, ein Produkt aus Körperbau, Muskelkraft und Nervenkraft; auch von ihm strahlen rückwärts stärkste Empfindungen in das Gehirn hinein. Schweres Gehen macht schwer, leichtes leicht. Selbst die Unterschiede des Aufdrucks nach oben oder unten wirken merklich auf diese Gefühle ein. Einem schwebenden Gang entspricht eine schwebende Seele. Beim Schreiten, von dem so viel für das Seelische des Menschen abhängt, tritt das Muskelgefühl in Tätigkeit, und der „Schritt“ unserer Gedanken wird durch unsere Gangart bestimmt, die sehr verschieden ist, je nachdem es sich um einen Freiluftmenschen oder um einen Stubenhocker handelt.

Nach härter sind die feillichen Erregungen, die vom Tanz aus-

strahlen, weil es einstmals die stärksten Lustgefühle des menschlichen Gehirns waren, die zum „Tanz der Glieder“ führten. Neben dem Muskelbewußtsein wirkt als feinste Feder des Organismus das Kernselbstbewußtsein mit, das den Grad der Ausdauer oder Ermüdbarkeit bestimmt und dem Menschen das Gefühl der Sicherheit oder der Schwäche verleiht.

Das Gefühl der Schwere oder Leichtigkeit, das vom Körper ausgeht, kann durch die Kleidung weitgehend beeinflusst werden. Schwere Kleidung macht nicht nur den Körper, sondern auch die Seele schwer. Leichte leicht. Der Panzer gab einst das Gefühl der gesicherten Kraft; die steife Offiziersuniform mit ihrem hochgeschlossenen Kragen zwang zur steifen Haltung des Rückens und des Kopfes, verlieh ihrem Träger eine Stimmung der Strenge, der „Autorität“. Der lange Rednerrock, der hochgeschlossene Rock des Geistlichen wirken in ähnlicher Weise. Das den Körper wohl umfließende griechische Kostüm bestimmte die Leichtigkeit des griechischen Lebens, der griechischen Kunst. Der Schlafrock stimmt nicht „leicht“, sondern salopp. Ob man Pantoffeln oder eng anliegende Stiefel trägt, ist für das Alltagsgefühl von Bequemlichkeit oder Straffheit schon wichtig. Das enge Schürchen der Stiefel wird mit von dem unbewußten Trieb geleitet, von den Füßen her ein Spannungsgesühl zu bewahren. Art und Sitz des Hutens wirken in ähnlichem Sinne. Der Zylinder gibt dem Kopf ein „steiferes“ Gefühl als der weiche Hut und wird daher bei ernstern Gelegenheiten gewählt. Beim Hut kommt auch sehr wesentlich mit in Betracht, wie weit er die Stirn beschattet, bedrückt oder sie frei läßt. Die freie Stirn macht auch die Seele frei, während der Druck über den Augen als Hemmung empfunden wird. Das freie Bergvolk der Tiroler trägt nicht nur das kleine leichte Lodenhütchen, sondern auch dieses noch so hoch und schräg, daß die freie Stirn ein Gefühl der Leichtigkeit und Unternehmungslust verleiht.

Mäuse-Armeen auf Wanderung

Eine in Chardin erscheinende russische Zeitung weiß von dem seltsamen Abenteuer einiger amerikanischen Jäger zu berichten. Mehrere Amerikaner begaben sich in das westliche Gebiet der ostchinesischen Eisenbahn, um dort Tiger zu jagen. Unweit der Station Arkan trafen die Jäger ungeheure Scharen von Mäusen, die aus der Mongolei in der Richtung nach Chingan wanderten. Dieses unheimliche Mäuseheer bewegte sich auf einer Front von etwa 40 Kilometern. Es waren unendliche Reihen kleiner grauer Mäuse. Alles, was den Jagetieren im Wege stand, wurde vertilgt. Die Jäger wurden von einem panischen Schrecken ergriffen und liefen kopflos vor dem Ansturm der Mäuse davon. Sie konnten nicht schlafen und liefen zwei Tage lang, ehe sie sich aus dem Bereich der Mäuseoffensiven retten konnten.

Raubüberfälle auf Frauen.

Die Täter: Bürgerföhne und Proletarierjungen.

Frauen sind seit jeher beliebte Raubobjekte. Die Räuber glauben, mit ihnen als Vertreterinnen des schwachen Geschlechtes leichter fertig werden zu können. Sie rechnen aber oft nicht mit der Fähigkeit ihrer Opfer und ihren durchdringenden Stimmen.

Fünf solcher Räuber verantworteten sich gestern vor zwei verschiedenen Abteilungen des Schöffengerichts Berlin-Mitte. In einem Falle waren es drei Proletarierjungen, im andern zwei Bürgerföhne. Das eine Opfer des Raubüberfalls zählte 78 Jahre. Hauswirtin in Adlershof, kassierte sie allmonatlich die Mieten und brachte das Geld in einer Handtasche zu sich in die Wohnung in der Schöneberger Straße. Das war dem 24jährigen R. W. bekannt. Seine Wissenschaft teilte er dem 21jährigen Arbeitslosen H. mit, dieser engagierte für die Sache seinen Freund, den 20jährigen W. Die beiden Freunde beobachteten tagelang die alte Frau, und glaubten am 2. Mai zur Ausführung ihres Raubplanes schreiten zu können. W. stand am Hause in der Schöneberger Straße Schmiere, H. nahm auf der Treppe Aufstellung, als die Frau ihm entgegenkam, brach er ihr den Kopf nach unten und entriß ihr die Tasche. Die Beute betrug zu ihrer Enttäuschung „nur“ 420 Mark. R. erhielt davon 30 Mark und einen alten Anzug dazu. Das Gericht hatte diesmal in Anbetracht der Rällage, in der sich die Jungen befanden und da sie keine besondere Gewalt angewendet hatten, mit ihnen Nachsehen. Es verurteilte H. zu zehn Monaten, W. zu neun und R. zu drei Monaten Gefängnis.

Schlimmer erging es den beiden Bürgerföhnen vor dem Schnellschöffengericht. Aber auch ihre Tat hörte sich viel böser an. Der Vater des R. war ein Tiefbauunternehmer. Er hinterließ ein beträchtliches Vermögen, das während der Inflation zum Ruin wurde. Der Sohn mußte aus der Untertertia austreten, er wurde Melker, arbeitete in verschiedenen Stellen, in der letzten Zeit in Berlin, jedoch nur Kurzarbeit. Er geriet in Schulden und befand sich in einer relativen Notlage. Da erging an ihn, von einem ihm befreundeten R. die Aufforderung, an einem Raube teilzunehmen. Auch dieser hatte das Gymnasium besucht — sein Vater ist pensionierter Oberlehrer — er wurde später Kaufmann und verlor im September seine Anstellung. Das Zusammenwohnen mit einem früheren Fürsorgezögling lockerte seine an und für sich nicht besonders festen sittlichen Grundzüge. Eines Tages machte ihm ein zufälliger Bekannter den Vorschlag, eine Kaufmannsfrau, die jeden Abend den Geschäftserlös zu sich nach Hause in die Frankfurter Straße nahm, zu überfallen. Am 20. Juni traf er sich mit R. — der zufällige Bekannte sollte Schmiere stehen —, nahm Aufstellung zwischen der zweiten und dritten Treppe im Hause in der Frankfurter Straße und schlug die Kaufmannsfrau mit einem Knüttel über den Kopf. R. entriß ihr die Aktentasche mit 2000 Mark, die Frau schrie. R. ließ die Tasche fallen und wurde auf der Straße verhaftet, bald darauf auch R. Das Gericht verurteilte beide Freunde zu je 2 Jahren Gefängnis.

Der Schuß auf den Soldaten.

500 Mark Belohnung für Ermittlung der Täter ausgeführt.

Im Grunewald wurde gestern von Beamten des Raubdezernates ein Lokaltermin abgehalten, um den Ueberfall auf den Reichswehrunteroffizier Koch vom Waffenamts Spandau weiter zu klären.

Der Soldat war, wie bereits mitgeteilt, in Zivilkleidung mit einem Hochwagen in den Grunewald hinausgefahren und hatte sich in der Nähe des Torgrabens ins Gras gelegt. Dort wurde er von zwei Männern überfallen und durch einen Schuß erheblich verletzt. Der Zustand des Verletzten hatte sich im Hildegardekrankenhaus soweit gebessert, daß er gestern an den Tatort gebracht werden konnte. Ueber die Motive zu dem Ueberfall herrscht nach wie vor Dunkel. Man neigt zu der Annahme, daß die Täter den Wagen stehlen und den mutmaßlichen Besitzer vorher unschädlich machen wollten. Inzwischen konnte auch ein Kadafahrer ermittelt werden, der zur Zeit des Ueberfalles am Tatort vorüberfuhr und die beiden Banditen davonlaufen sah. Seine Angaben stimmen mit denen des Unteroffiziers genau überein.

Von der Reichswehr sind für die Ermittlung der Täter 500 Mark Belohnung ausgeführt worden, die für Hinweise aus dem Publikum bestimmt sind. Nach dem Lokaltermin mußte Koch ins Krankenhaus zurückgebracht werden.

4000 Hochwasseropfer in China?

Einer „Times“-Meldung aus Hongkong zufolge beginnt das Hochwasser in der Provinz Kwantung, das sich bis nach Kanton erstreckt, allmählich nachzulassen. Man schätzt, daß dem Hochwasser etwa 4000 Menschenleben zum Opfer gefallen sind.

Eine Verichtigung der Justizpressestelle.

In der Nr. 276 des „Abend“ brachten wir einen Bericht aus Fürstenwalde über einen Ueberfall von Stahlhelmlenten auf Sozialdemokraten und Reichsbannerkameraden. Der Bericht bemängelte u. a., daß gegen die sozialdemokratischen Flugblattverteiler ein Verfahren eingeleitet worden sei, während gegen die Stahlhelmer Lösch ein Verfahren gegen Unbekannt verfolge, obwohl die Namen mehrerer Prügelhelden bekannt seien. Die Justizpressestelle teilt uns mit, daß die Staatsanwaltschaft gegen sechs Stahlhelmmitglieder ein Verfahren wegen Körperverletzung und Nötigung eingeleitet habe; die Ermittlungen in dem Verfahren wegen Verbreitung von Flugblättern sei zurzeit noch nicht abgeschlossen. Hoffentlich finden die Stahlhelmtromms wegen des gemeinen Ueberfalls auch die gerechte Strafe.

Wetterausblick für Berlin. Bei abflauenden westlichen Winden noch vorwiegend wolkig mit geringer Ermärkung, fort-dauernde Neigung zu Regenschauern. — Für Deutschland. Allgemein einsetzende Wetterbesserung.

Einschlafender Volksentscheid.

Matte Verteidigung des Stahlhelmbegehrens / Kräftiger Gegenangriff Severings

Der Preussische Landtag setzte gestern nachmittag die Debatte über das Stahlhelm-Volksbegehren auf Landtagsauflösung fort.

Abg. Meier-Berlin (Soz.):

Das Volksbegehren des Stahlhelms lehnen wir naturgemäß ab, und damit ist eigentlich alles gesagt. Mit den Propagandamethoden des Stahlhelms müssen wir uns noch ein wenig auseinandersetzen. Die preussische Regierung hat in den Kampf, den der Stahlhelm mit der Front gegen sie führt, eine kurze Aufzählung ihrer positiven Leistungen veröffentlicht. Darüber beschwert sich gerade jetzt der Stahlhelm und nennt das Vorgehen der Regierung verfassungswidrig. (Lachen links.) Dabei läßt sich wirklich schwer ein loyales Mittel denken, mit dem eine Regierung sich gegen eine systematische Hehpropaganda zur Wehr setzt, als daß sie die Öffentlichkeit sachlich aufklärt. Offenbar ist man im Stahlhelm über das mehr als klägliche Ergebnis des Volksbegehrens nerods geworden, und der Volksentscheid ist ja denn auch im Voraus entschieden. (Doch rechts.) Kein Mensch, auch in der Stahlhelm-Gefolgschaft, hegt die phantastische Hoffnung, daß sie beim Volksentscheid die fehlenden 8 Millionen Stimmen gewinnen könnten. Die „Kreuzzeitung“ hat übrigens offen zugegeben, daß die Eintragungsziffer in Berlin hinter allen Erwartungen zurückgeblieben ist, und die „D.Z.“ hat sich über das klägliche Stimmresultat damit getrübt, man müsse die Wirkung des Volksbegehrens mehr psychologisch werten. (Heiterkeit links.)

In Wahrheit ist sich alle Welt in Preußen darüber einig, daß man schon jetzt über Volksbegehren und Volksentscheid die Ueberschrift setzen kann: „Ein großer Aufwand schmächtig ward vertan“. Man hat in schrankenloser Verantwortungslosigkeit die wirtschaftliche Not gegen die Preußenregierung auszunutzen gesucht und ist damit gescheitert. Das Stahlhelm-Volksbegehren hat die außenpolitischen und wirtschaftspolitischen Interessen der deutschen Nation leichtfertig aufs Spiel gesetzt. (Lebhafte Zustimmung links.)

War so das Volksbegehren politisch grundverfehlt, so war die Methode, mit der es propagiert wurde, hundsgeheim. Es soll uns interessieren zu beobachten, ob die Schmutzluft von Verleumdungen und Niederträchtigkeiten beim Volksentscheid noch gesteigert werden kann. (Sehr gut! bei den Soz.)

Die Stahlhelmagitation begann mit dem gefälschten Aufruf der Volksbeauftragten vom 9. November.

Der erste echte Aufruf der Volksbeauftragten ist bekanntlich vom 12. November und statuiert das gleiche Wahlrecht, den Achtstundentag und die Arbeitslosenversicherung; er ist die Magna Charta der deutschen Revolution. Am 9. November bestand noch kein Rat der Volksbeauftragten. Auch die Druckerlei Weidlich in Hamburg, in der angeblich dieser Aufruf gedruckt sein soll, hat am 9. November 1918 noch nicht existiert. Trotz dieser Feststellungen, trotzdem der Reichsinnenminister Dr. Wirth den Aufruf vom 9. November für eine ungewöhnliche plumpe Fälschung erklärt hat, hat der Stahlhelm der Presse mitgeteilt, der Aufruf sei echt, er habe das Original in Händen. Schließlich ist die Unrechtheit auch dieses angeblichen Originals so unzweideutig festgestellt worden, daß selbst Hugenberg's „Volkstimme“ mißbilligend schreiben mußte, das Bundesamt des Stahlhelms hätte besser nachprüfen sollen, ehe es so wenig stichhaltige Behauptungen aufgestellt hätte. Und danach? Danach hat der „Angriff“ des Herrn Goebbels den gefälschten Aufruf weiterverbreitet. (Hört! hört!)

Das ist ein Schulbeispiel für die Demoralisierung des öffentlichen Lebens und des politischen Kampfes durch Lüge, Verleumdung und persönliche Verunglimpfung. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Niemals hat in der Zeit, in der die Sozialdemokratie im schärfsten Kampf gegen den Obrigkeitsstaat stand, unsere Presse so verantwortungslos drauflos gekehrt. (Widerspruch rechts.) Wenn wir nicht freiwillig verantwortungsbewußt geschwieben hätten, hätten die drakonischen Gesetze des alten Staates uns zur Verantwortung gezwungen. (Sehr wahr! bei den Soz.) In der Republik ist aus der Pressefreiheit eine Pressefreiheit überlierter Art geworden. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz. und in der Mitte. — Großer Lärm bei den Komm.) Ich habe hier vor mir einen Aufruf des Stahlhelms, der nicht mehr und nicht weniger behauptet, als daß die preussische Staatsregierung für den Zusammenbruch der Landwirtschaft und die 5 Millionen Arbeitslosen verantwortlich sei. Dabei wissen die Lügner ganz genau, daß die gegenwärtige Staatsregierung jährlich zur Förderung der Landwirtschaft rund 160 Millionen aufwendet, genau dreimal soviel wie die königlich-preussische Staatsregierung im letzten Friedensjahr. (Hört! hört! links.) Unermüdlich hat der Stahlhelm die alte Walze von der Bonzenwirtschaft gedreht. Aus dem alten Preußen mußten eigentlich die Konservativen am besten wissen, was Cliquen- und Bündniswirtschaft ist.

Aber die Bonzen- und Parteibuchhe von heute dient nur dazu, die Beteiligung der Arbeiterklasse an der Staatsverwaltung zu diffamieren.

Was der Stahlhelmpropaganda an Ueberzeugungskraft fehlte, hat sie durch die Reduktion Andersdenkender, durch Terror und wirtschaftlichen Boykott ersetzt. In allen ländlichen Gegenden ist auf die Landarbeiter brutaler Zwang ausgeübt worden, sich einzugehen. Offen hat man allen, die sich weigerten, Kündigung und Entzug der Wohlfahrtsunterstützung angedroht. Sehen Sie hier dieses Flugblatt mit dem Bilde Otto Gebühres, dem ja Friedrich der Große sehr ähnlich gesehen haben soll. (Heiterkeit.) „Wer sich nicht in die Liste des Volksbegehrens einträgt, ist ein gemeiner Dumpe und erbärmlicher Verräter am Vaterlande.“ (Bewegung.) Oder hier dieses Flugblatt des Stahlhelms aus Langenberg:

„Wer sich nicht einträgt, gegen den wird auch in bezug auf das Arbeitsverhältnis in der Fabrik die notwendige Konsequenz gezogen.“ (Empörte Jurke links.)

Der „national gesinnte“ Beamtenverband erklärt sämtliche Beamten, die sich nicht einzeichnen, für entweder bewußte Förderer des Marxismus oder jämmerliche Feiglinge und droht mit Konsequenzen. Das sind nur wenige Proben aus den Bergen von Material. Setzen Sie eine schlechte Sache mit schlechteren Mitteln verpacken worden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Nur in einem einzigen Punkte hat der Stahlhelm die Wahrheit

geredet, nämlich als er Preußen als das Bollwerk der deutschen Republik bezeichnet hat. Die heilige Vormachtstellung Preußens im Reich beruht auf dem moralischen Uebergewicht der preussischen Demokratie. (Sehr gut! bei den Soz.) Wir Sozialdemokraten sind gewiß nicht verächtlich, die Regierung Brüning als Ideal einer Volkregierung zu preisen.

Über in all den Irrungen und Wirrungen der hinter uns liegenden Monate und Jahre ist die preussische Regierung die feste Stütze des Reiches, der Stützwand der Republik, die stärkste Triebkraft zu fortschrittlicher Entwicklung gewesen.

Darum ist der Volksentscheid für die Reaktion ein hoffnungsloses Unternehmen. Alle Vernünftigen im Lande werden es ablehnen, sich zum Werkzeug verantwortungsloser Katastrophopolitik machen zu lassen. Am 9. August sammelt sich das preussische Volk zur Verfassungsfeier im Bewußnis zur Republik und in dem eisernen Willen, auf der Grundlage der Volkstfreiheit Zukunft und besseres Dasein des arbeitenden Volkes zu sichern. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. von Winterfeld (Dnat.) mit Hochrufen auf Uratzeif und die Raiffeisenbank empfangen: Nicht die Weltwirtschaftskrise ist am deutschen Glend schuld, sondern die verfehlte Politik der 12 Jahre Republik.

(Jurat bei den Soz.: Meinen Sie Ostwolle oder Nordwolle? Große Heiterkeit.)

Den Zusammenbruch der Erfüllungspolitik, der am 22. Juni bevorstand, haben wir seit Jahren vorausgesehen. Trotzdem will sich jetzt der Reichstanzler wieder einseitig nach Frankreich orientieren. Sie fürchten sich vor Neuwahlen. Aber gerade deshalb: der Preussische Landtag ist aufgelöst! (Bravo! rechts.)

Abg. Benschid (Komm.): Die sozialdemokratische Regierung in Preußen ist ausgeprochen arbeitserfindlich.

Abg. Böhm (D. Sp.): Wir werden mit dem Stahlhelm den Kampf gegen die Parteiregierung in Preußen fortsetzen.

Innenminister Severing:

Die Aktualität der Rede des Herrn von Winterfeld ging auf Kosten der preussischen Kompetenz. (Heiterkeit.) Diese Rede hätte gegen Brüning halten müssen mit der Parole am Schluss: Der Reichstag ist aufgelöst. Sicherlich ist die Weltwirtschaftskrise nicht der einzige Grund unserer Not. Aber man kann sie unter den Gründen der deutschen Räte nicht ausschalten. Das falsche Ideal, das monarchistische Italien, Englandskonstitutionelle Monarchie und der Großkapitalismus Amerikas leiten unter den gleichen Räten, unter derselben Arbeitslosigkeit. Wer das nicht sieht, ist ein übler politischer Ignorant. (Sehr gut! bei den Soz.) Deutschland ist freilich besonders bedroht, nicht nur durch äußere, sondern auch durch innere Reparationen. Denken Sie nur an die vielen Millionen, die wir jährlich den ehemaligen Offizieren des abgerüsteten Heeres als Pension zahlen müssen. Jedenfalls ist es sinnlos, einfach die Erfüllungspolitik als Ursache der wirtschaftlichen Notlage in Deutschland hinzustellen. (Sehr wahr! links.) Herr von Winterfeld hat sich etwas darauf zugute getan, daß seine Partei den drohenden Zusammenbruch lange vorausgesehen habe. Ich habe schon in meiner ersten Amtsführung als Innenminister den Landtag dringend gebeten, an möglicher Vereinfachung des Verwaltungsapparates mitzuarbeiten, damit wir die ungeheuren Lasten tragen können, die auf Deutschland liegen. Wer hat also zuerst die damalige Scheinblüte der deutschen Wirtschaft durchschaut? (Jurat bei den Komm.: Die Kommunisten! Große Heiterkeit.) Wenn die Kommunisten wirklich seit langem wußten, wie es um Deutschlands wirtschaftliche und finanzielle Kraft bestellt ist,

mündet es mich, daß sie hier und im Reichstag und in den Gemeinden sozial Antäge stellen, die unsere Kraft weit übersteigen.

(Lebhafte Jurat bei den Komm.: Wir sind doch nicht Ihr Finanzminister; das geht uns doch nichts an. Wir haben doch das Recht, Petitionsanträge zu stellen!) Ware aber die Erfüllungspolitik an all unserem Glend allein schuld? Haben die Deutschnationalen sie denn nicht mitgemacht? Sind nicht wichtige Schritte der Stresemann-Politik von einem Kabinett beschlossen worden, in dem vier deutschnationale Minister saßen? (Sehr gut! bei den Soz.) Wenn ein Zufall die Deutschnationalen morgen wieder in die Reichsregierung berief, würden sie die Erfüllungspolitik genau so fortführen, wie sie sie früher betrieben haben. Davon bekennt keine Maus einen Faden ab. (Sehr wahr! links.) Herr von Winterfeld hat behauptet, ich hätte den Freiherrn von Stein als Sozialdemokraten bezichtigt. Ich zahle Ihnen die ganzen Kosten des verunglückten Volksentscheids zurück, wenn Sie mir diese Geschmädiosigkeit nachweisen können. (Große Heiterkeit.) Wenn aber Herr von Winterfeld Stein als Anhänger der Wehrpflicht und mich als Abrüstungsfanatiker hinstellt,

haben die Deutschnationalen nicht mit abrüsten helfen? Ich erinnere an ihre Zustimmung zum Kriegsgetöse von 1927. Hätten sie damals nicht zufällig in der Reichsregierung gesessen, wäre es Vaterlandsverrat gewesen. (Sehr gut! links.)

Die Studentenbewegung war die einzige preussische Angelegenheit, von der bisher heute gesprochen worden ist. Ich habe nie daran gedacht, die Polizei mobil zu machen, wenn die Studenten gegen den Versaillesvertrag protestieren.

Aber Professoren niederdrücken und Tränengasbomben werfen sind nicht die geistigen Waffen einer nationalen Bewegung. (Sehr gut!)

Die Vertreter der Finanz und Wirtschaft haben sich heute gegenüber der Reichsbank zu einer großen solidarischen Aktion der Wirtschaftsstützung angeboten. Sie sagen dabei, daß jetzt alles darauf ankomme, das Vertrauen auf Deutschland und das Vertrauen in Deutschland wiederherzustellen; alles zu tun, um das Vertrauen in die deutsche Festigkeit zu vermehren und alles zu unterlassen, was die Stabilität der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in Deutschland in Frage stellen könnte. Das müßte eigentlich den Stahlhelm veranlassen, sein Volksbegehren zurückzuziehen. Aber das würde ein wenig Selbstüberwindung kosten, und dazu reicht es nicht. (Sehr gut! links.)

Der Abgeordnete Benschid hat zutreffend gesagt, die Wirtschaftskrise spräche eine schärfere Sprache als alle politische Demagogie. Aber dann sollten die Kommunisten Reich und Staat doch

Die neue Steueränderung gestattet uns, die beliebte Volkszigarette Enver Bey VALUTA bei unveränderter Qualität dicker u. länger zu bringen.

6 St. 20g
9 St. 30g

GOLDENE MEDAILLE · SALONIKI (MAZEDONIEN)

Die Schnüffler.

Verpuffte „Enthüllungen“ der „Kreuz-Zeitung“.

Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Genosse Rudolf Breitscheid, schreibt uns:

Die Berliner „Kreuz-Zeitung“ hat dieser Tage aus dem vor einer ganzen Reihe von Jahren erschienenen Kriegstagebuch des früheren deutschen Reichstagsabgeordneten H. B. Hanßen (Vertreter der deutschen Minderheiten in Nord-Schleswig) eine Reihe von Notizen ausgegraben, mit denen sie wieder einmal den Landeserrat der deutschen Sozialdemokratie beweisen will, und es ist selbstverständlich, daß die nationalsozialistische Presse sich mit Geheul auf dieses gefundene Treiben stürzt.

In dem Tagebuch werden eine Reihe von Unterhaltungen erwähnt, die Herr Hanßen mit Mitgliedern der Sozialdemokratischen und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei während des Krieges gehabt hat, und es wird besonders mit ein Strich daraus zu drehen versucht, daß ich mehrfach mit Herrn Hanßen und auch mit dem damaligen Reichstagsabgeordneten Korsantj sowie mit dem „französisch eingestellten“ Schriftsteller Schildele zusammen-gewesen sei.

Ich habe gar keine Veranlassung, in Abrede zu stellen, daß solche Unterhaltungen stattgefunden haben und ebensowenig brauche ich mich ihrer nachträglich zu schämen. Die „Kreuz-Zeitung“ teilt im übrigen ja selbst mit, daß bei den Zusammenkünften auch andere Personen anwesend waren, die, wie beispielsweise der katholische Philosoph Professor Scheler, auch bei ihr nicht im Verdacht landesverräterischer Gesinnung stehen werden. Vielleicht stellt sie auch einmal Nachforschungen darüber an, welche amtlichen deutschen Stellen zu jener Zeit mit Herrn Korsantj in Verbindung gestanden haben.

Als besonders bedenklich wird es von den Hütern des nationalen Gedankens hingestellt, daß ich Herrn Hanßen von der Vich-nawstischen Denkschrift Kenntnis gegeben hätte. Diese Denkschrift war im Frühjahr 1917 in zahlreichen Exemplaren verbreitet, und da sie weiter nichts enthielt als eine von der amtlichen abweichende Auffassung des früheren Vorkriegsleiters in London über die Möglichkeit einer gemeinsamen deutsch-englischen Aktion zur Verhütung des Kriegsausbruchs, dürfte jedermann ohne Gefährdung der deutschen Interessen von ihr Kenntnis nehmen. Alles das hatte mit „dänischem Separatismus“ und anderen „landesverräterischen“ Dingen nicht das geringste zu tun, und vielleicht erinnert sich auch die „Kreuz-Zeitung“ daran, daß der Abgeordnete Hanßen, der übrigens für die Kriegskredite gestimmt hatte, in allen Kreisen des Vorkriegs- und Kriegesreichstags große persönliche Sympathien genoß. Auch seine ihm von den dänischen Chauvinisten stark verübete Opposition gegen die Einverleibung der Stadt Flensburg und der sogenannten dritten Zone in das Königreich Dänemark sollte dem Blatt bekannt sein.

Es ist im übrigen geradezu kindisch, aus Zusammenkünften und Unterredungen, die während der Kriegszeit stattgefunden haben, Schlüsse auf landesverräterische Absichten der Beteiligten ziehen zu wollen. Und will die „Kreuz-Zeitung“ die Hand dafür ins Feuer legen, daß bei vertraulichen Unterredungen von Mitgliedern der damaligen Deutsch-Konföderativen Partei nicht am Ende Dinge erörtert worden sind, die das Licht der Öffentlichkeit viel mehr zu scheuen hätten als das, was in Anwesenheit von Sozialdemokraten besprochen wurde. Die Herren haben nur das Glück, daß bei diesen Gelegenheiten niemand Tagebuch geführt hat oder daß jedenfalls solche Tagebuchnotizen nicht veröffentlicht worden sind. Aber wenn man glaubt, die Sozialdemokratie dürfe Diskreditierungen zu fürchten, so hält man auf der rechten jeden Quark und jeden Dreck für ein willkommenes Burtgeschloß.

Steinwürfe ins Bezirksamt.

Die Verwendung von Schupo-Beamten zu Zivilstreifen.

Am 10. Juni kam es bei einer der alltäglich gewordenen kommunistischen Demonstrationen zu den üblichen Ausschreitungen; im Bezirksamt Wedding und in der Städtischen Sparkasse wurden Fenster eingeworfen. Zwei Steinwürfer konnten verhaftet werden; einer von den beiden, der 17-jährige B., verantwortete sich gestern vor dem Jugendgericht Wedding wegen schweren Landfriedensbruchs.

Der 17-jährige Angestellte bestritt, an der Demonstration und an den Steinwürfen beteiligt gewesen zu sein. Er habe sich unterwegs zu den Reichbergen befunden, habe in der Limburger Straße Polizeibeamte mit Knüppeln auf Demonstranten einschlagen gesehen, vor ihm seien etwa 15 junge Menschen gelaufen. Zwei Zivilisten haben plötzlich die Pistolen gezogen, der eine habe zum anderen gesagt, „greif die beiden“, und so sei er und ein anderer verhaftet worden.

Die Bekundungen der beiden Polizeibeamten ergab folgenden Sachverhalt: Kurz nach 7 Uhr bildete sich in der Nähe der Pbarsulstraße ein Demonstrationenzug von 50 Teilnehmern; sie erhielten Zugang aus verschiedenen Straßen, der Zug schwoll auf 300 Personen an und bewegte sich unter Abfingen von Wiedern die Müllerstraße entlang. Die Beamten, die sich auf einer Zivilstreife befanden, eilten ans Telefon, der eine alarmierte vom Bezirksamt Wedding aus das Heberfallkommando, der andere aus einem Zigarrenladen das Polizeirevier. Als sie auf die Straße zurückkehrten, saukten die ersten Steine in die Fenster des Bezirksamts und der Sparkasse. Der Polizeiwachmeister R. sah vom Rande des Zuges sich etwa 12-15 Personen lösen, die Steine aus den Taschen nahmen und sie gegen das Gebäude schleuderten. Zwei von den Steinschleudern merkte er sich ganz besonders, der eine fiel ihm durch seinen kleinen Wuchs auf, der andere durch seine Kleidung — er hatte bei hellen Hosen einen blauen Sweater — und durch sein eigenartiges Gesicht. Diese beiden jungen Leute ließ er nicht mehr aus den Augen. Er folgte den Demonstranten im Gauschritt, als diese in die Genthfer Straße einbogen und hier von einem Steinhaufen Steine in die Taschen steckten. Da er sich beobachtet fühlte, nahm er auch selbst einen Stein vom Haufen und steckte ihn in die Tasche — dann lief er mit dem Haufen zurück zum Bezirksamt; hier wurden wieder gegen die oberen Stockwerke Steine geschleudert. Als er seinen Revolver zog, um nun zur Verhaftung zu schreiten, flüsternten ihm zwei Demonstranten, im Glauben, er gehöre auch zu dem Haufen, zu: „Steck die Waffe weg.“ Er tat es auch. Einige Augenblicke später zog er noch einmal die Pistole, sein Kollege folgte seinem Beispiel, er rief „Hände hoch.“ Sieben Burschen hoben auch tatsächlich ihre Hände hoch. Mit Hilfe seines Kollegen verhaftete er darauf die beiden jungen Burschen, die er wie auch sein Kollege die ganze Zeit im Auge behalten hatte. Beide Beamten wiederholten auf mehrfache Fragen des Richters wie des Verteidigers, daß ein Irrtum vollkommen ausgeschlossen sei.

Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von drei Monaten. Das Gericht entsprach diesem Antrage, rechnete dem Angeklagten die Unterjuchungshaft auf die Strafe an und billigte ihm für den Rest von 1 Monat Bewährungsfrist zu. Der Haftbefehl wurde aufgehoben.

Nordwolle.



„Immer haben wir Industriekapitäne die Ueberlegenheit der Privatwirtschaft betont. 200 Millionen in einem Unternehmen verpulvert, so was hat die öffentliche Hand doch noch nicht fertig gebracht!“

„Mahnruf.“

Von Wilhelm Gollmann.

Am Juni 1915 erschien ein von den Genossen Bernstein, Haase und Rautsny gezeichneter Mahnruf „Das Gebot der Stunde“. Er richtete sich gegen die Haltung der Fraktionsmehrheit zur Bewilligung der Kriegskredite und enthielt die Aufforderung, Genossen, die diesen Aufruf unterstützten, möchten Zustimmungserklärungen einbringen. Die drei Unterzeichner, die der Partei durch Jahrzehnte unter großen Opfern dienten, hatten sicher nicht den Willen, eine Spaltung der Partei heraufzubeschwören. Tatsächlich hat ihre Aktion aber die Spaltungsbewegung eingeleitet. Sie führten unbewußt einen Stoß gegen die organisatorische Einheit der Partei. Die Wirkung war ganz anders als der Wille.

Die Genossen Rosenfeld, Sendemik und Ströbel haben vor einigen Tagen das Beispiel aus dem Juni 1915 nachgeahmt. Sie fühlen sich berufen, einen „Mahnruf“ an die Partei zu richten, der Schluß mit der Lotterierungspolitik verlangt. Das ist ihr gutes Recht. Ob die drei Genossen mahnrufen oder nicht: die Frage, ob das Reichstagsabgeordnete Brüning weiter geduldet werden könne, wird überall in der Partei erörtert. Die drei Genossen beschränken sich aber nicht auf ihre Meinungsäußerungen, sondern sie gehen das Signal zur Sammlung einer geeinten Opposition innerhalb der Partei. Nicht ein Geistessturm, sondern ein Kampf soll in der Partei geführt werden. Die drei Genossen sammeln Zustimmungen. Diese Adressen sind die Mitgliederlisten der Opposition, sind die Stammsrollen für die Mobilisierung der Scharen, die man in den Parteiführerschaften des ganzen Landes aufbieten will. Es hieße Geist und Willen der drei Genossen beleidigend unterschätzen, wenn man annehmen wollte, sie beabsichtigten etwa nur eine platonische Petitionsbewegung an den Vorstand unserer Reichstagsfraktion und an den Vorstand der Gesamtpartei, der soeben in Leipzig mit überwältigender Mehrheit gewählt worden ist.

Das Heraustreten der drei Genossen, ihr Kampfruf, ihre öffentliche Aufforderung zur Bildung eines Vertrauensmännerkörpers der Opposition innerhalb der Partei macht es zur Pflicht, daß allzulange Schweigen über die innerparteiliche Entwicklung in den letzten Jahren zu brechen. Wir müssen deutlich miteinander reden. Die Wahrheit ist: Dieser öffentliche Aufruf ist nur die erste öffentliche Bestätigung der Tatsache, daß es längst eine wohlorganisierte oppositionelle Organisation innerhalb unserer Parteiorganisation gibt. Dieser Sonderkörper innerhalb der Partei erstreckt sich über das ganze Reich. Eine seiner Grundlagen ist die „Marxistische Büchergemeinde“. Man weiß aber auch andere Organisationen an der Peripherie der Bewegung in den Dienst der Opposition zu stellen. Sonderbesprechungen solcher Gruppen über das gemeinsame Vorgehen in den Mitglieder-versammlungen und bei Delegiertenwahlen sind häufig. Neben dem offiziellen Parteiapparat baut sich so allmählich eine besondere

Organisation auf, die Referenten vermittelt, die Situationsberichte über innerparteiliche Vorgänge austauscht, deren Redner in Mitgliebertreffen als von „uns“, das heißt einer geschlossenen Gruppe innerhalb der Partei, zu sprechen pflegen. Die Spuren dieser Tätigkeit sind für den, der rednerisch in allen Teilen des Reiches herumkommt, fast überall zu beobachten.

Am kommenden Dienstag tritt der Parteiauschuß in Berlin zusammen, um die allgemeine politische und wirtschaftliche Lage zu beraten. Er würde seine Pflicht grob vernachlässigen, wenn er nicht auch die Aktion Sendemik-Rosenfeld-Ströbel zum Gegenstand erster Beratungen und Beschlüsse machte.

Es geht nicht um Spaltung und nicht um Ausschlüsse, auch nicht um die Unterbindung irgend welcher Parteidiskussion. Zur Entscheidung steht die einheitliche Parteiorganisation gegen Sondergruppen irgendwelcher Art. Wir sind durchaus sicher, daß unsere Genossen einschließlich der allermeisten gegen die Politik der Reichstagsfraktion kritisch eingestellten Mitglieder mit einer Parteibildung innerhalb der Partei nichts zu tun haben wollen.

Der Parteiauschuß hat das Wort.

Der „Sozialdemokratische Pressedienst“ teilt mit: Die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Rosenfeld, Sendemik und Ströbel haben uns unter dem 8. Juli als Erwiderung auf unsere Stellungnahme zu ihrem „Mahnruf“ an die Partei eine längere Erklärung zugehen lassen, in der sie „mit Nachdruck feststellen“, daß sie „weder mit der Einheit der Partei spielen noch gar an Spaltung“ denken. Der übrige Inhalt der Erklärung ist im Sinne ihres „Mahnrufs“ gehalten. Wieder tun sie so, als ob nur sie die Interessen der Partei vertreten und als ob es niemals einen Leipziger Parteitag gegeben habe, der die Politik der Partei und der Reichstagsfraktion erst vor drei Wochen ausdrücklich gebilligt hat.

Wir sehen von der Wiedergabe der Erklärung ab, weil uns ihre Veröffentlichung nicht opportun erscheint. In der Sache selbst hat jetzt zunächst der Parteiauschuß das Wort. Die Urheber des Mahnrufs sind schriftlich aufgefordert worden, an den Beratungen des Parteiaususses, dieser vom Parteitag eingeleiteten Instanz, teilzunehmen. Sie haben also Gelegenheit, sich am kommenden Dienstag eingehend zur Sache zu äußern. Der Parteivorstand möchte ihnen dazu schon am Donnerstag dieser Woche verhelfen. Er hat die Sitzung des Parteiaususses jedoch auf ausdrücklichen Wunsch eines Anhängers der Opposition verschoben. Jetzt macht die gleiche Opposition den Versuch, dieses Entgegenkommen zur Fortsetzung der unerquicklichen Debatte in der Öffentlichkeit auszunutzen. Dazu durch Veröffentlichung der uns zugegangenen Zuschrift beizutragen, müssen wir um so mehr ablehnen, als diese Veröffentlichung eine längere Erwiderung unsererseits notwendig gemacht hätte.

Austerlich' letzter Weg.

Die Wiener Trauerfeier.

Wien, 8. Juli (Eigenbericht).

Am Mittwoch nahm Wien von dem verstorbenen Chefredakteur der Arbeiterzeitung, Friedrich Austerlich, für immer Abschied.

Die Trauerfeierlichkeiten begannen im Hofe der „Arbeiter-Zeitung“. Zahlreiche bürgerliche Politiker, darunter der Bundeskanzler, mehrere Minister, ferner christlichsoziale und großdeutsche Abgeordnete erwiesen dem Verstorbenen die letzte Ehre. Auch zahlreiche bürgerliche Journalisten waren erschienen. So der Leiter des „Bundes-Pressedienst“ sowie der Chefredakteur der christlichsozialen „Reichspost“ und viele andere. Die deutsche Sozialdemokratie wurde durch das Mitglied des Parteivorstandes und den Chefredakteur des „Vorwärts“ Friedrich Stampfer vertreten.

Im Namen der Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“ widmete Karl Leuthner dem Dahingeshiedenen einen herzlichen Nachruf. Er feierte Austerlich als großen Journalisten, dem seine Arbeit Berufung gewesen sei. Der Sozialismus sei ihm die höchste Entfaltung der menschlichen Solidarität gewesen.

Anschließend erfolgte die Ueberführung der sterblichen Hülle von Friedrich Austerlich ins Krematorium, wo zunächst Abgeordneter Bick als Obmann der freien Gewerkschaften der kaufmännischen Angestellten den Verstorbenen als Organisator der kaufmännischen Angestellten feierte. Dann sprach im Namen der deutschen

Sozialdemokratie Friedrich Stampfer. Er gedachte der großen Rede, die Austerlich vor wenigen Wochen während des Leipziger Parteitages gehalten hatte und bezeichnete Austerlich als den Führer und Meister der sozialistischen Publizistik. Als letzter gelobte Dr. Otto Bauer, daß die österreichische Sozialdemokratie wie Austerlich weiterhin Kämpfer erziehen werde.

Die Kieler Verhaftungen.

Planmäßige Störungsversuche der Nazis gegen Remarque-Film.

Kiel, 8. Juli. (Eigenbericht).

Die Verhaftung des Vorsitzenden der nationalsozialistischen Ortsgruppe Kiel, Sunkel, erfolgte im Zusammenhang mit Demonstrationen der Kieler Nationalsozialisten gegen den Remarque-Film „Am Westen nichts Neues“.

Der Film wird in Kiel entsprechend den Vorschriften in geschlossenen Vorstellungen aufgeführt. Trotzdem war es Nationalsozialisten möglich, Zutritt in das betreffende Lichtspieltheater zu erlangen. Sie warfen Tränengasbomben und setzten, ähnlich wie in Berlin, weiße Mäuse aus. Da während der letzten Tage die Nationalsozialisten auch auf der Straße Unfug verübten, sah sich die Polizei mehrfach gezwungen, mit dem Gummiknüppel die Ordnung wiederherzustellen. Die Polizei hat bestimmte Nachrichten darüber erhalten, daß die Demonstrationen von der Leitung der nationalsozialistischen Ortsgruppe veranlaßt sind. Sie hat deshalb außer dem Vorsitzenden der Kieler NSDAP, einige andere Führer der hiesigen Nazis festgesetzt.

